

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 29. September 2016

Vorsitz:	Marianne Tribaldos, Einwohnerratspräsidentin
Anwesende Mitglieder:	35 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Auskunftspersonen:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber Markus Blättler, Geschäftsführer der SWL Gian von Planta, Leiter Anlage und Netze der SWL
Protokollführung:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber
Entschuldigt:	Jasmin Alvarez Martin Bolliger Myrtha Dössegger Jürg Haller Linda Kleiner Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen
Zeit:	19.30 Uhr bis 22.30 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Bleicherain

Traktanden

- 1 Mitteilungen
- 2 Inpflichtnahme von Adrian Höhn (GLP) anstelle des zurückgetretenen Daniel Fischer
- 3 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
- 4 Familienzentrum familie+; Unterstützung durch die Stadt Lenzburg
- 5 Budget 2017
- 6 Aufgaben- und Finanzplanung 2017 bis 2021; Kenntnisnahme
- 7 Wassertarife der SWL Wasser AG; Anpassung 2017
- 8 Untere Widmi Nord; Erschliessungsstrasse; Kreditabrechnung
- 9 Feuerwehr; Ersatzbeschaffung für das Tanklöschfahrzeug (TLF) 1981; Kreditabrechnung
- 10 Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Prof. Dr. Martin Killias und Mitunterzeichnenden betreffend "Entwicklung des Stadtbildes im Raum Stadtgässli-Burghaldenstrasse-Aavorstadt" vom 13. Juni 2016
- 11 Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Prof. Dr. Martin Killias und Mitunterzeichnenden betreffend "Zerstörung des Hauses "Zum unteren Tor" ("Törli", Kirchgasse 4)" vom 13. Juni 2016
- 12 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der GLP-Fraktion betreffend "Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen" vom 23. Juni 2016
- 13 Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüsse ich Sie herzlich zur 15. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Die Ferien scheinen noch gar nicht so lange her zu sein, der Sommer schien endlos und stürzte uns alle in ein Wechselbad von heiss und kalt. Das eine freute die Einen, das andere die Anderen. Aber nun wird es doch Herbst und dieser bringt ja auch seine besonderen Freuden mit sich, z.B. frische, reife Äpfel. (Anmerkung: Die Ratspräsidentin hat vor der Sitzung allen Anwesenden Äpfel verteilt.)

Die Lenzburger Schulen haben nun ihre grosse Umstellung hinter sich und die Schüler haben sich bereits daran gewöhnt. Der Einwohnerrat hatte die Freude, an der Einweihung des neuen Schulhauses teilnehmen zu dürfen. Ein wirklich gelungener Bau, da weiss man doch, wofür man seine Steuern bezahlt und tut es fast gern, wenn man sieht, dass man auch etwas dafür bekommt.

Zurzeit ist wieder Wahlkampf. Von den hier Versammelten geben auch mehrere ihre Zeit und Kraft her, um nicht nur zu wählen, sondern auch gewählt zu werden. Es wäre schön für Lenzburg, wenn unsere Stadt im Grossen Rat des Kantons Aargau noch verstärkt mitentscheiden könnte. Ich wünsche allen, die sich zur Wahl stellen, viel Glück.

Ich habe mir auch heute wieder die historischen Daten von gestern, heute und morgen angesehen und kann Ihre historischen Kenntnisse mit einer von mir zu verantwortenden Auswahl folgendermassen auffrischen: Am 28./29. und 30. September fanden folgende Ereignisse statt:

- 480 v.Chr.: Die Seeschlacht von Salamis, Sieg der Griechen über die Perser. Dadurch wurde deren weiteres Vordringen in die griechische Welt erstmalig gestoppt. Von Europa kann man noch nicht reden, denn Rom war noch im Aufbau begriffen und Germanen und Kelten hinterliessen nichts Schriftliches.
- 1066: Wilhelm der Eroberer landete in England und etablierte die Normannenherrschaft über die Sachsen.
- 1717: In Preussen wird die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Dies ist durchaus ein folgenreiches Datum für die geistige Entwicklung in Europa.
- In der Schweiz ist die Mitte des 19. Jahrhunderts die Zeit des Baus der Eisenbahnen: 1856 wird die Bahnstrecke Baden-Brugg eröffnet.
- Und noch etwas aus der Wissenschaft: 1928 macht der Bakteriologe Alexander Fleming eine wichtige Entdeckung, die zur Entwicklung des Penicillins führte.

Die Versuchung ist gross, aus wenigstens einem dieser Ereignisse eine Geschichtsstunde zu machen, aber ich halte mich zurück und komme zur Gegenwart und zwar direkt zu unseren heutigen Pflichten.

Ich begrüsse Sie nochmals herzlich zur 15. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur. Ebenfalls einen herzlichen Gruss und Dank für die Arbeit an unser Ratsbüro. Einen besonderen Gruss und Dank an Stefan Wiedemeier, der kompetent dafür sorgt, dass ich nicht zu viele Fehler mache. Auch unseren

Ratsweibel, Marcel Wattering, begrüsse ich herzlich. Ebenfalls begrüsse ich die Auskunftspersonen Christoph Hofstetter, Stadtschreiber, sowie Markus Blättler und Gian von Planta, beide Mitglieder der Geschäftsleitung der SWL, und natürlich die Damen und Herren von der Presse: Ruth Steiner und Fritz Thut von der Aargauer Zeitung sowie Alfred Gassmann vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Ein weiterer herzlicher Gruss geht an unsere Gäste auf der Tribüne.

Die Traktandenliste und die Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2016 konnte noch nicht fertiggestellt werden.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 23. Juni 2016 sind am 2. August 2016 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Wir haben eine Anfrage von der GLP vorliegen.

Text der Anfrage:

Anfrage an Stadtrat Lenzburg

Thema	Fragen zu flankierenden Massnahmen Knoten Neuhof
Für Rückfragen	Beat Hiller
Absender	Grünliberale Partei Lenzburg

Einleitung:

In diesem Herbst wird der Regierungsrat die letzten offenen Einsprachen behandeln und hat die Absicht noch dieses Jahr über die Projektgenehmigung zu entscheiden.

Die glp-Lenzburg unterstützt Massnahmen für die Verbesserung der Verkehrssituation für alle Verkehrsteilnehmer in Lenzburg. Sie verfolgt das Projekt „Knoten Neuhof“ aber kritisch, da die Gesamtkosten von gegen 100 Mio. inklusive der Massnahmen Lindfeld und Autobahnanschluss Lenzburg sowie Knoten Freiämterplatz sehr hoch sind für den effektiven Nutzen in der Stadt Lenzburg (vgl. Bericht Roland Müller AG, 18.8.11: „Der Knoten Neuhof wird durch den Wegfall der Lindfeldrampe aus Richtung Autobahn mehr belastet. (...) Die Belastung in der Abendspitzenstunde liegt dann über der Kapazitätsgrenze. Dies entspricht der Verkehrsqualität F (völlig unzureichend)“ sowie metron Gutachten vom 27.1.2016 S. 10 „dass für die Beziehungen stadteinwärts keine massgebende Verbesserung erzielt wird, sowie dass der Knoten Freiämterplatz selbst bei einem Ausbau nicht die komplette Verkehrsnachfrage bewältigt werden kann bzw. sich der Zustand gar noch verschlimmern wird“).

Die Interpellation Portmann wurde durch den Regierungsrat beantwortet. Daraus ergeben sich Fragen, die direkt auf die Stadt Lenzburg Einfluss haben.

Gemäss Antwort des Regierungsrats wird die Verkehrssituation für die Stadt Lenzburg erst mittelfristig gelöst werden. Einerseits wird auf das noch zu realisierende Verkehrsmanagement Lenzburg und die Optimierung Freiämterplatz verwiesen. Der Knoten Freiämterplatz ist nicht Bestandteil des Projekts A1-Zubringer Lenzburg. Es wurde jedoch ein Projekt gestartet, das den Knoten Freiämterplatz, den restlichen Abschnitt der Henschikerstrasse im Innerort und einen Teil der Niederlenzerstrasse umfasst. Unter anderem sollen die Angebote für den Veloverkehr und den ÖV (Bus) verbessert sowie die Leistungsfähigkeit des Knotens Freiämterplatz gesteigert werden. Das gestartete Projekt wird auf die Ergebnisse des Verkehrsmanagements Lenzburg abgestimmt. Für die Busführung der Linie 393 wurde im Nachgang zu der Abstimmung eine Route über die Othmarsingerstrasse gewählt. Die Begründung dafür ist in der höheren Stabilität der Fahrplansicherheit.

Komplett offen sind die terminlichen Absichten des ASTRA (Bundesamt für Strassen) bezüglich der Optimierung des Anschlusses Lenzburg auf der Autobahn A1. Im 2017 werden die Ein- und Ausfahrten verlängert damit der Verkehr auf der Stammlinie der A1 beruhigt werden kann. Eine effektive Verbesserung für den Verkehr in Richtung Zürich ist erst durch die Neugestaltung der Einfahrt Fahrrichtung Zürich zu erwarten. Eine Umsetzung ist frühestens im 2021 vorgesehen. Damit ist der morgendliche Rückstau von der A1 bedingt durch die Lichtsignalanlage in Fahrrichtung Zürich auch nach dem Neubau des Knoten Neuhof Tatsache.

Daraus ergeben sich für uns die folgenden Fragen:

1. Wie ist der Stand des Projektes Optimierung Freiämterplatz?
2. Wie ist der Stand des Projektes Verkehrsmanagement Lenzburg?
3. Wird im Rahmen der Optimierung des Knoten Freiämterplatz auch eine Optimierung Knoten Bahnhofstrasse/Kerntangente vorgesehen?
4. Wie gedenkt der Stadtrat den Schleichverkehr durch die Othmarsingerstrasse zu verhindern, wenn diese für den Busverkehr angepasst worden ist (Demontage der Schwellen)?
5. Unternimmt der Stadtrat die notwendigen Massnahmen gegenüber Kanton und Bund, damit die Optimierung Anschluss Lenzburg nicht noch weiter verzögert wird?
6. Welche im AFP geplanten Projekte müssen aus Sicht Stadtrat im Zusammenhang mit dem Projekt Knoten Neuhof als Paket realisiert werden und welchen Investitionsbedarf entsteht dabei für die Stadt Lenzburg?

5600 Lenzburg, 25.9.16 / Beat Hiller

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung haben sich Myrtha Dössegger, Jürg Haller, Jasmin Alvarez, Linda Kleiner, Martin Bolliger und Marc Lindenmann, Leiter Finanzen, entschuldigt.

5. Rücktritt

Daniel Fischer, GLP, hat am 5. September 2016 seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat erklärt. Er gehörte dem Einwohnerrat seit dem 1. Januar 2010 an und war auch Fraktionspräsident und ist Mitglied der Begleitkommission Bahnhofplatz. Zusammen mit Matthias Zurfluh repräsentierte er die erstmals in der Amtsperiode 2010/13 im Einwohnerrat vertretenen Grünliberalen. Mit Daniel Fischer verliert der Einwohnerrat ein sehr aktives Mitglied. Treffend hat er selber festgehalten: *Was mit meiner Anfrage zum Feldhasen begonnen und mit meinem Aufruf gegen die Buschmücke geendet hat, ist vorbei... Aus beruflichen Gründen ist es mir nicht mehr möglich, die erforderliche Zeit für das Amt aufzubringen. Ich hoffe, ich konnte in meiner Zeit als Einwohnerrat zu gesunden Menschen, zu gesunden Finanzen und vor allem zu einer etwas gesünderen Umwelt beitragen. Ich danke euch für die vielen konstruktiven Gespräche und wünsche weiterhin viel Freude und Power im Amt.* Wir werden Daniel Fischer und seine Überraschungen vermissen.

6. Ausstandspflicht

Zu Ihrer Information halte ich fest, dass Stadtrat Martin Steinmann als Präsident des Verwaltungsrats der SWL Energie AG und der SWL Wasser AG sowie Vizeamman Franziska Möhl, Mitglied des Verwaltungsrats der beiden Firmen, bei der Behandlung der Vorlage bezüglich Wassertarif nicht in den Ausstand treten müssen, da sie im Einwohnerrat nicht stimmberechtigt sind. Verwaltungsratspräsident Martin Steinmann und Verwaltungsratsmitglied Franziska Möhl sind bei diesem Geschäft quasi als Auskunftspersonen des Verwaltungsrats der SWL Wasser AG und nicht als Stadratsmitglieder anwesend, auch wenn sie natürlich am Stadtratstisch sitzen bleiben dürfen.

Bezüglich Familienzentrum müssen die Vorstandsmitglieder sowie auch die Mitglieder des Vereins familie+ ebenfalls nicht in den Ausstand. Diese Auffassung wird auch von der Gemeindeabteilung des Kantons geteilt.

2 Inpflichtnahme von Adrian Höhn (GLP) anstelle des zurückgetretenen Daniel Fischer

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Für die Inpflichtnahme bitte ich das neue Mitglied, Adrian Höhn, vor den Rat zu treten. Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier wird die Eidesformel vorlesen. Den Rat bitte ich, sich für den Akt zu erheben.

Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier verliest hierauf die in § 3 des Geschäftsreglements festgehaltene Gelöbnisformel: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln". Mit den Worten "Ich gelobe es" leistet hierauf Adrian Höhn sein Gelübde. (Applaus)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Herzlich willkommen im Einwohnerrat Adrian Höhn. Ich wünsche Ihnen viel Freude an der Arbeit und auch, dass Ihre Zeit im Rat zu einem Baustein werden möge, sowohl, was Ihr eigenes Leben betrifft, als auch für die Geschichte des Rats.

3 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir entscheiden heute über vier Einbürgerungsgesuche. Ich bitte die anwesenden Personen kurz aufzustehen, wenn ich ihre Namen aufrufe...

Sprecher der Einbürgerungskommission ist Markus Thöny (SVP): Eine alte Holztüre öffnet sich mit lautem Knirschen der Türfalle. Ich stehe von der Bank im Korridor auf und betrete einen riesengrossen Raum mit grossen Bildern an der Wand. An den Tischen, welche in der Mitte des Raums zusammengestossen sind, sitzen sieben erwachsene Personen. Einige lächeln mich an, andere sprechen miteinander oder tippen auf ihrem Laptop. Eine freundliche Dame im besten Alter kommt auf mich zu. Sie begrüsst mich und stellt mich den anwesenden erwachsenen Personen vor. Vor lauter Nervosität kann ich aber keinen der Namen im Kopf behalten. Sie erklärt mir das Vorgehen in den nächsten 20 Minuten und ich denke nur: "Was werden sie mich wohl alles fragen?" Die Frau von der Stadtkanzlei hat mir noch gesagt, ich solle mich aber gut vorbereiten. Habe ich das genügend gemacht? Erste Frage: "Verstoicht ehr mie Dialekt? Ig

chume drum nid vo hie sondern vom Bernbiet oder soll ich Hochdeutsch sprechen?"

Ungefähr so stelle ich mir die Sicht eines Jugendlichen in den ersten zwei, drei Minuten beim Gespräch mit der Einbürgerungskommission vor. Wieviel Mut es für einen Teenager aber auch für einen Erwachsenen braucht, sich den Fragen der meist fremden Personen zu stellen, ist schwer vorstellbar. Ohne Begleitung ihrer Eltern sitzen sie hier und blicken erwartungsvoll in die Runde. Also, was soll nun die Kommission feststellen? Ausschlaggebend sind natürlich prüfbare Kriterien, vertraut sein mit Sitten, Bräuchen und Lebensgewohnheiten. Gute Deutschkenntnisse und ein gutes Wissen über Staatskunde. Die schriftlichen Test wurden ab dem Alter von 16 Jahren durchgeführt. Weiter dürfen sie nicht straffällig sein oder zumindest während der Zeit des Gesuchs und dessen Bearbeitung kein hängiges Verfahren am Laufen haben.

Konzentrieren wir uns auf die Befragung des ersten Punkts: Sitten, Bräuche und Lebensgewohnheiten: Kennen sie Sportarten, welche es nur in der Schweiz gibt? Wie entsorgen sie ihre verbrauchten Batterien? Wann hat die Schweiz Geburtstag? Wie heissen die Nachbargemeinden von Lenzburg? Ein breites Wissen ist gefragt. Ich staune immer wieder, wie gut die jungen Menschen Auskunft geben können. Die vier Gesuchsteller, über welche wir heute zu befinden haben, sind alle Staatsbürger von Sri Lanka. Alle sind hier in der Schweiz geboren und zu sympathischen jungen Menschen herangewachsen. Sie sprechen nahezu perfekt Schweizerdeutsch. Ich sehe in ihnen eindeutig Schweizer Jugendliche. Sie sind komplett mit den Sitten, Bräuchen und Lebensgewohnheiten vertraut, nein sie leben sie, weil sie kaum etwas anderes kennen. An dieser Stelle bedanke ich mich bei Ihnen für Ihren Mut und die Vorbereitung auf das Gespräch mit der Einbürgerungskommission. Ich wünsche Ihnen für ihre Zukunft alles Gute in unserer schönen Schweiz.

Die Einbürgerungskommission empfiehlt dem Einwohnerrat, allen Gesuchstellern das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zuzusichern.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Markus Thöny. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmung

Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in globo und geheim abzustimmen.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Gemeinderats vom 24. August 2016 wird in geheimer Abstimmung sämtlichen Gesuchstellern das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Der Einwohnerrat hat somit sämtliche Gesuche gutgeheissen. Ich gratuliere allen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern herzlich zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts von Lenzburg. Es freut mich, dass Sie den schwierigen Weg zur Einbürgerung bisher erfolgreich auf sich genommen haben. Es freut mich immer ganz besonders, wenn sich junge Menschen einbürgern lassen. Das erleichtert die weitere Integration, die ja ein Prozess ist. Unsere direkte Demokratie bietet Ihnen die Möglichkeit, am politischen Leben unserer Stadt teilzunehmen, und ich hoffe, dass Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, sobald Sie das dafür notwendige Alter erreicht haben. (Applaus)

4 Familienzentrum familie+; Unterstützung durch die Stadt Lenzburg

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Das Familienzentrum familie+ hat sich einen festen Platz in der Stadt Lenzburg erobert und ist gar nicht mehr wegzudenken. Hier kann man sehen, wieviel Freiwilligenarbeit bewirkt. Wir sind heute gehalten, wiederum über Kosten und Nutzen zu beraten.

GPFK-Sprecher ist Remo Keller (SP): familie+ ist ein Verein, der seit 2010 existiert und anfangs 2011 am Walkeweg das bekannte Familienzentrum beziehen konnte. Eigentlich wollte ich an dieser Stelle das Programm eines Monats oder einer Woche erörtern oder zumindest aufzählen, welche Angebote von welchen Organisationen es im Familienzentrum gibt. Aber das Programm ist unglaublich umfangreich, und ich möchte nicht die Sitzung bis nach Mitternacht verlängern. Dasselbe gilt auch für die Angebote. Über 20 Organisationen sind im Familienzentrum aktiv. Was für eine Erfolgsstory. In der GPFK waren wir uns auch einig, dass das Familienzentrum familie+ ein Erfolg ist. Aus diesem Grund unterstützt die GPFK den Antrag des Stadtrats.

Um was geht es? Der Trägerverein schlägt drei Leistungspakete vor, wie der Betrieb auch in Zukunft gesichert werden kann. Es gibt die "abgespeckte" Variante, die lediglich das Halten und Betreiben des Gebäudes am Walkeweg vorsieht; ein Paket für den Betrieb eines Familienzentrums, wie es im heutigen Umfang bereits läuft, und ein "ausgebautes" Paket mit eigenen Angeboten und

weiteren Aktivitäten im Auftrag der Stadt. Der Stadtrat hat sich für einen moderaten Mittelweg entschieden. Dieser Weg wird - wie bereits erwähnt - auch von der GPFK unterstützt. Das Geschäft hat insofern in der GPFK nicht viel zu reden gegeben. Einziger Kritikpunkt war das Sponsoring Dritter. Es wurde lange darüber diskutiert, ob hier nicht verbindlichere Vorgaben gegeben werden müssten oder ob die Stadt nicht grössere Erwartungen haben sollte. Es wäre wünschenswert, wenn der Verein diesbezüglich mehr Anstrengungen betreiben würde. Andererseits wird aber auch sehr viel Freiwilligenarbeit vom Vorstand und von den Vereinsmitgliedern geleistet. An dieser Stelle möchten wir allen Verantwortlichen unseren Dank aussprechen. Denn nur dank ihrem unentgeltlichen Engagement ist der Betrieb des Familienzentrums überhaupt möglich und kann zu solch moderaten Kosten realisiert werden. Dies kommt der Gemeinde zugute. Abschliessend kann gesagt werden, dass Lenzburg mit diesem moderaten Betriebskostenbeitrag, wie er vorgeschlagen wird, eine grosse und wertvolle Gegenleistung des Familienzentrums erhält. Nochmals: Die GPFK empfiehlt dem Geschäft zuzustimmen und auch die SP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrats einstimmig zustimmen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Remo Keller. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort?

François Kuhlen (FDP): In der Vorlage schildert der Stadtrat ausführlich seine Beurteilung zum Familienzentrum familie+ und fasst diese in fünf Punkten zusammen. Die FDP-Fraktion ist grundsätzlich auch der Meinung, dass der Erfolg der Angebote des Familienzentrums offensichtlich dem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht und dass nicht alle Angebote kostendeckend sein können oder müssen. Das Programm des Familienzentrums hat durchaus viele Aktivitäten, die auch im Interesse der Stadt und der Stadtbevölkerung liegen. Wir vertreten die Ansicht, dass das Angebot unter Überprüfung und Abwägung der jeweiligen Aktualität erhalten bleiben soll und von der Stadt finanziell unterstützt werden kann. Wir sind auch der Auffassung, dass sich das finanzielle Engagement der Stadt in Grenzen halten muss, insbesondere unter Berücksichtigung der bereits in der Vergangenheit geleisteten Unterstützung und mit Blick auf die Stadtfinanzen. Skeptisch ist die FDP-Fraktion mit dem Punkt 5 der Beurteilung des Stadtrats, in welchem es heisst: *"Der Stadtrat geht auch davon aus, dass der Trägerverein familie+ sich um Beiträge Dritter (Spenden, Sponsoren, Vereinsbeiträge) bemüht"*. Die gänzlich unverbindliche Formulierung hat aus unserer Sicht höchstens moralischen Charakter. Die Verpflichtung, Beiträge Dritter anzustreben, hätte aus unserer Sicht verbindlicher formuliert werden müssen. Die finanzielle Unterstützung durch die Stadt sollte davon abhängig gemacht werden, dass Drittmittel eingenommen werden. Diese Skepsis wird genährt durch meine persönliche Erfahrung. Nach der letzten Vorlage zum Familienzentrum habe ich mich zusammen mit einem Fraktionskollegen angeboten, bei der Suche nach Sponsorengeldern behilflich zu sein. Diese Unterstützung wurde bis heute nicht in Anspruch genommen. Unsere Fraktion möchte aber die gute Arbeit des Familienzentrums nicht gefährden und wird der

Vorlage und dem Antrag des Stadtrats zustimmen unter der Bedingung (wie der Stadtrat dies auch beantragt), dass der Betriebsbeitrag jedes Jahr neu festgelegt wird und mit dem Budget vom Einwohnerrat bewilligt werden muss. Wir werden ein Auge darauf halten, wie die Anstrengungen und auch der Erfolg bei der Suche nach Sponsoren waren und werden die zukünftige Unterstützung der Stadt davon abhängig machen.

Markus Thöny (SVP): Bekanntlich hat der Einwohnerrat bereits zum dritten Mal über eine Vorlage betreffend Familienzentrum zu befinden. Diejenigen, die schon länger im Rat sind, kennen die Meinung der SVP-Fraktion. Zusammengefasst hat sich diese nicht verändert. Die SVP anerkennt ein gewisses Mass an Familienbetreuung, aber lediglich im Rahmen des Notwendigen. Aus unserer Sicht stehen wir in etwa am gleichen Punkt wie vor zwei Jahren. Zumindest können wir aus dem Bericht und den Ausführungen von Sabine Sutter keinen erweiterten Nutzen oder keine neuen Erkenntnisse für die Bevölkerung erkennen, als dies bereits im Herbst 2014 der Fall war. Dass gewisse Kurse sicherlich sinnvoll sind, bestreiten wir nicht. Es gibt bei diversen Angeboten, die durch das Familienzentrum koordiniert, unterstützt oder durchgeführt werden, gesetzliche Grundlagen. Wir kämen auch nicht weiter, wenn das Familienzentrum geschlossen werden müsste, denn dann müssten wir uns an anderen Orten wieder finanziell beteiligen und infrastrukturmässig engagieren.

Jetzt kommt auch von unserer Seite ein Aber: Das Familienzentrum bietet Angebote an, die eindeutig in die Kategorie Freizeitgestaltung einzuordnen sind. Hier dürfen wir als Einwohnerrat nicht einfach Steuergelder einsetzen. Wo grenzen wir ab, wenn andere Vereine oder Organisationen Unterstützungsanfragen an uns richten? Denken wir nur an die vielen Sportvereine. Auch hier wird sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet, die ebenfalls der Integration in unsere Kultur und unser Gemeinschaftsleben dient, ohne dass jährlich ein "Steuerbatzen" gesprochen werden muss. Das Familienzentrum weist auch Ende 2016 gemäss seinem Bericht ein strukturelles Defizit von Fr. 40'000.– aus. Diese Summe kennen wir bereits seit 2014 und führte zu den Zusagen von je Fr. 40'000.– für die Jahre 2015 und 2016. Fassen wir die geleisteten Unterstützungen und die jährlichen Beiträge der Stadt an das Familienzentrum der letzten zwei Jahre zusammen, kommen wir auf eine stolze Summe von Fr. 160'000.–. Im aktuellen Bericht können wir nirgends nachlesen, welche Bemühungen seitens des Vereins unternommen wurden, um das Defizit zu verringern. Im Bericht 2014 kann nachgelesen werden, was für eine Erfolgsgeschichte dieses Familienzentrum ist, und dass es (Zitat) "*gut bis sehr gut*" ausgelastet ist. Da ja die Nachfrage nach den Angeboten so gross ist, warum werden dann die Nutzungsgebühren nicht etwas erhöht, damit das Defizit spürbar verringert werden kann? Wir denken, dass das grosse Interesse des Nutzers ihm auch ein dementsprechender Preis wert sein sollte. Dies scheint hier offenbar anders zu sein. Vielleicht ist es auch einfach bequemer, den Steuerzahler anzugehen, als dem Nutzer vor Augen zu führen, dass das Angebot auch seinen Preis hat. Wenn dem Familienzentrum nun Fr. 40'000.– fehlen und lediglich die Hälfte des Angebots des Familienzentrums im Auftrag der Stadt wahrgenommen wird und - gemäss Aussage von Sabine Sutter anlässlich unserer

Fraktionssitzung - die anderen 50 % freiwillige Angebote des Familienzentrums sind und auch noch dazu kommt, dass ein Viertel aller Benutzer einen auswärtigen Wohnort hat, so erscheinen uns die Fr. 30'000.–, die im Budget 2017 aufgeführt sind, als eindeutig zu hoch. Bei dieser Summe sehen wir kein Druckmittel von Seiten Stadtrat gegenüber dem Trägerverein, um das Defizit zu verringern.

Bleiben wir noch kurz beim Stadtrat. Positiv erscheint uns die Formulierung in unserer Vorlage, dass sich das Engagement der Stadt in Grenzen halten muss. Dieser Meinung sind wir auch. Wenn dann aber im Absatz 5 steht, dass der Stadtrat davon ausgeht, dass der Trägerverein sich um Beiträge Dritter bemüht und seine Angebote selbstkritisch überprüft, so klingt dies für uns nach "Ponyhof". Wir erwarten von einem führungsstarken Stadtrat eine konkrete Formulierung seiner Forderungen. Uns fehlt eine Richtlinie, beispielsweise was bis wann zu erfüllen sei.

Den beiden Anträgen des Stadtrats kann die SVP/BDP-Fraktion mehrheitlich zustimmen. Es entspricht unserer bisherigen Haltung in dieser Frage. Betreffend Höhe des Betrags melden wir uns bei der Detailberatung des Budgets nochmals.

Chantal Toker (GLP): Die GLP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats. Wir sind der Ansicht, dass die Arbeit des Familienzentrums familie+, insbesondere im Bereich Integration, auch beim Integrieren der Neuzuzüger sehr wertvoll ist und zu unserer Standortattraktivität beiträgt. Wir fordern aber den Stadtrat auf, eine konkrete Leistungsvereinbarung aufzusetzen, aus welcher klar ersichtlich ist, welche Dienstleistungen die Stadt Lenzburg für das gesprochene Geld vom Familienzentrum bezieht. Wir stellen folgenden Ergänzungsänderungsantrag zum Traktandum 4:

Der Stadtrat setzt mit dem Familienzentrum familie+ eine Leistungsvereinbarung auf, in welcher konkret definiert ist, welche Leistungen die Stadt Lenzburg für den unter Punkt 2 gesprochenen Beitrag beim Familienzentrum bezieht. Diese wird dem Einwohnerrat an der nächsten Sitzung vom 1. Dezember 2016 vorgelegt.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir haben einen Änderungs- und Ergänzungsantrag. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort?

Michael Häusermann (SVP): Bestand bisher keine Leistungsvereinbarung?

Stadträtin Heidi Berner: Es besteht eine Leistungsvereinbarung, die aufgrund des heutigen Beschlusses noch angepasst wird. Leistungsvereinbarungen

schluss der Stadt mit verschiedenen Institutionen ab. Diese müssen nicht zwingend dem Einwohnerrat vorgelegt werden, können jedoch im Rahmen der Rechnungsprüfung der GPFK unterbreitet werden.

Erich Renfer (SVP): Dies ist alles wunderschön. Grundsätzlich müssen wir uns die Frage stellen, ist es eine Staatsaufgabe, ein solches Zentrum zu führen? Ich weiss, dass wir von der SVP - oder zumindest ich - hier eine Minderheit vertreten. Ich möchte eine klare Summe plaviert haben; es gibt diesen Betrag und nicht mehr. Letztes Mal waren es Fr. 40'000.–, dann wieder Fr. 40'000.–, mal Fr. 30'000.– und jetzt Fr. 20'000.–. Offensichtlich kann man wünschen und so lange der Einwohnerrat so ist wie er ist - einfach links - stimmt er zu. Schlussendlich wird der Steuerzahler sagen, jetzt reicht's. Ich möchte klare Voten hören, wo der Plafond ist? Es nützt nichts, wenn mir die Stadträtin sagt, wir haben etwas. Es ist nirgends verbindlich. Ist ein Budget vorhanden? Fr 15'000.– oder Fr. 20'000.–, das muss reichen, und wenn nicht, wird weiter geschaut. Wir haben 2014 genau darüber gesprochen. Daniel Fischer (GLP) hat damals schon befürchtet, dass es ausfunkt. Genau so ist es eingetroffen. Jetzt sprechen wir wieder Fr. 30'000.–. Aber es ist immer noch nicht klar, ob es mit diesem Betrag getan ist. Es gibt im Familienzentrum einzelne Angebote, die Fr. 5.– kosten. Meine Damen und Herren, so etwas ist eine Lachnummer, da kann das Familienzentrum die Sache auch gleich gratis anbieten. Zudem haben wir einen grossen Teil auswärtige Nutzer.

Gehört ein Familienzentrum wirklich zu unseren Aufgaben? Ich sage klar nein. Von den Befürwortern erwarte ich jetzt klare Aussagen, die sie auch frankenmässig beziffern. Es kann nicht sein, dass wir wieder ein Jahr warten und dann weiterschauen.

Beat Hiller (GLP): Ich möchte als Ergänzung zum Antrag, den Chantal Toker präsentierte, noch erwähnen, dass die bestehende Leistungsvereinbarung, die vor mir liegt, sehr offen formuliert ist. Unter einer Leistungsvereinbarung erwarte ich, dass eine Leistung, die in der Vereinbarung formuliert wird, mit einem Frankenbetrag beziffert ist. Alles andere ist ein Wunschkonzert. Wir müssen konkrete Massstäbe vorliegen haben, welche Leistungen für was verbindlich zu erbringen sind und was dafür bezahlt wird.

Marcel Spörri (EVP): Wir haben Emotionales gehört, was grundsätzlich nicht schlecht ist, dies belegt auch die Wichtigkeit. Wenn ich nun auf die sachliche Ebene zurückkehre, frage ich mich, was passieren würde, wenn das Geld nicht gesprochen wird. Was geschieht, wenn das Familienzentrum geschlossen werden muss? Ich bin mir sicher, dass wir dadurch die Fr. 30'000.– nicht einsparen könnten. Das Familienzentrum erfüllt Aufgaben, die sonst von der Stadt wahrgenommen werden müssten. Müsste die Stadt dann selber Räume anbieten? Würden dann Fr. 30'000.– ausreichen? Fragen, die ich hier nicht auf die Schnelle beantworten kann.

Kurz noch zum Votum von Markus Thöny: Ich sehe es auch so, dass Sportvereine extrem viel machen; Sportvereine nutzen auch eine Infrastruktur, die von der Stadt finanziert wird. Sportvereine erhalten also auch Leistungen der Stadt.

Es ist richtig, wir haben bereits zum dritten Mal eine Vorlage zu diesem Thema im Einwohnerrat. Gerade deswegen finde ich den Antrag sinnvoll, den Beitrag mit dem Budget zu bewilligen, damit nicht alle zwei, drei Jahre wieder eine neue Vorlage unterbreitet werden muss. Falls in der Detailberatung darüber befunden wird, dass der Betrag zu hoch ist, ist dies die richtige Stelle, etwas zu unternehmen. Wie die Leistungsvereinbarung aussehen soll, ist Sache der Exekutive und nicht des Einwohnerrats. Wir entscheiden hier nur über den Betrag. Der einzige Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist das Thema Auswärtigentarif. Es kann tatsächlich nicht sein, dass wir mit unserem Steuergeld Familien aus Aussengemeinden unterstützen. Hier müssten sich die Aussengemeinden auch am Familienzentrum beteiligen, dann würde es wieder anders aussehen. Die EVP wird den stadträtlichen Antrag unterstützen.

Sabine Sutter (CVP, Präsidentin des Trägervereins familie+): Ich wurde verschiedentlich namentlich angesprochen. Ich möchte einige Punkte klären. In den letzten zwei Jahren haben wir die Argumente der damaligen Einwohnerratssitzung berücksichtigt. Im Familienzentrum wurde eine Kostenstellenrechnung eingeführt, die es erlaubt, Aufwand und Ertrag nach Angebot nachzuvollziehen. Halbjährlich bzw. bald vierteljährlich führen wir ein Controlling durch, so dass wir erkennen, wie die Nachfrage und Rendite der einzelnen Angebote ist. Dank einer Kombimitgliedschaft mit dem Elternverein haben wir mehr Mitglieder.

Bezüglich Finanzen und Sponsoring möchte ich einige Zahlen liefern: Mitgliederbeiträge, Clubbeiträge, Sponsoring und Spenden belaufen sich 2015 auf Fr. 10'000.–. Für das Angebot des Sprachtreffs hat eine Stiftung, die anonym bleiben möchte, 2015 Fr. 24'000.– gesprochen. Auch 2016 wird diese Stiftung Fr. 20'000.– bezahlen. Ein Viertel der Besucher im Familienzentrum sind Auswärtige. Der Kanton zahlt bei den Beiträgen oder bei den Angeboten gleich viel wie die Stadt. Es wäre dann eher umgekehrt, dass die Stadt mehr bezahlen müsste, da ja durch den Kanton die Auswärtigen abgegolten werden. Sponsoring wird nicht offen, das heisst monetär, ausgewiesen. Es wird sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet, die in der Rechnung nicht erscheint. Man könnte diese ev. noch transparent aufführen. Beispielsweise wird die Buchhaltung nur zum halben Tarif verrechnet, der effektiv bezahlt werden müsste. Dazu kommen die Geschäftsführung durch den Vorstand, Ressortverantwortung, IT und Pikettdienst, die nicht in der Rechnung erscheinen. Dies macht einen fünfstelligen Betrag aus, ebenso Eigenleistungen, die in die Liegenschaft investiert werden. Betreffend Sponsorengruppen möchte ich noch erwähnen, dass wir weitere Freiwillige gesucht, jedoch nicht gefunden haben. Die Beschlüsse der Sponsorengruppe wurden allerdings umgesetzt. Es wurden Unternehmen und Private angeschrieben. Diese Schreiben werden nun alljährlich fortgesetzt. Es bestehen weitere Projekte: Beispielsweise wurde beim Swisslosfonds ein Beitragsgesuch eingereicht.

Das Familienzentrum wird nach unternehmerischen Grundsätzen und selbstverständlich nach kaufmännischen Regeln geführt, also nicht "Jekami".

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmungen

Der nachstehende, von der Grünliberalen Fraktion eingebrachte Ergänzungsantrag, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Stadtrat setzt mit dem Familienzentrum familie+ eine Leistungsvereinbarung auf, in welcher konkret definiert ist, welche Leistungen die Stadt Lenzburg für den unter Punkt 2 gesprochenen Beitrag beim Familienzentrum bezieht. Diese wird dem Einwohnerrat an der nächsten Sitzung vom 1. Dezember 2016 vorgelegt.

Alsdann wird gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 24. August 2016 mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme

b e s c h l o s s e n :

1. Der Einwohnerrat stimmt dem weiteren Betrieb des Familienzentrums durch den Trägerverein familie+ zu und sichert ihm die weitere Unterstützung durch die Einwohnergemeinde zu.
2. Die Höhe des jährlichen Betriebsbeitrags wird im Rahmen der Budgets festgelegt.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 7. November 2016 ab.

5 Budget 2017

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wie immer im September gilt es, die Finanzen der Stadt unter die Lupe zu nehmen. Wir beginnen mit dem Budget und besprechen im nächsten Traktandum die Aufgaben- und Finanzplanung.

Der Ablauf sieht wie folgt aus: Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, die mit dem Bericht des GPFK-Präsidenten, Tobias Ammann, eröffnet wird. Anschliessend

können die Fraktionen Stellung beziehen und ihre Meinungen äussern. Auf die Eintretensdebatte folgt die Detailberatung zum Budget 2017. Am Schluss stimmen wir ab. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass Anträge der Fraktionen erst in der Detailberatung bei den jeweiligen Abteilungen und nicht schon bei der Eintretensdebatte eingereicht werden sollten. Ich übergebe das Wort GPFK-Präsident Tobias Ammann.

Eintretensdebatte zum Budget 2017

Sprecher ist GPFK-Präsident Tobias Ammann (FDP): Im Juni konnten wir über den guten Rechnungsabschluss 2015 befinden. Das Rechnungsjahr 2016 ist in vollem Gange und jetzt blicken wir bereits nach vorne, ins Jahr 2017.

Vorab bereits ein grosses Dankeschön an alle Beteiligten für die Vorbereitung des Budgets. Ein umfassendes Werk, denn auf den 98 Seiten werden wir sehr gut dokumentiert und informiert. Dazu gehört auch der Bericht des Stadtrats sowie die Erläuterungen zu den einzelnen Abteilungen und Budgetposten. Viel Grundsätzliches gibt's zum vorliegenden Budget nicht zu berichten. Es entspricht weitestgehend dem, was erwartet werden konnte. Die Stadt Lenzburg wächst und die Bevölkerungsentwicklung zeigt dies sehr deutlich. Das Wachstum von Lenzburg liegt über dem Kantonsdurchschnitt. Diesem Wachstum trägt auch das vorliegende Budget Beachtung, rechnet der Stadtrat 2017 doch mit einem Fiskalertrag von 27,6 Mio. Franken. Dies entspricht einer Steigerung von 2,1 % zum Vorjahresbudget und liegt auch 0,1 % über der kantonalen Empfehlung bei den Einkommens- und Vermögenssteuern. Dies ist die Ertragsseite; auf der Aufwandseite führt die Bevölkerungszunahme natürlich auch dazu, dass bei einigen Abteilungen mehr Kosten anfallen werden. Weiter macht sich die Stadt Lenzburg - wie bereits im laufenden Jahr - fit für die Zukunft und investiert in diese. So wurden vor einem Jahr auch wieder 9,4 Mio. Franken investiert, davon 7,2 Mio. Franken in unsere Schulbauten.

Das vorliegende Budget hat bei der GPFK im Grundsatz keine grossen Diskussionen ausgelöst. Die Antworten des Stadtrats zu unseren wichtigsten Fragen werde ich in der Detailberatung aufgreifen. Die GPFK hat einstimmig beschlossen, Ihnen das Budget der Einwohnergemeinde 2017 zur Genehmigung zu empfehlen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Tobias Ammann. Die Diskussion ist offen. Wem darf ich das Wort erteilen?

Heiner Cueni (FDP): Das Erstellen des Budgets kommt mir wie die Arbeit des Sisyphus vor. Verantwortliche arbeiten sehr viel, aber trotz allem kommt man nicht vom Fleck. Ich meine damit nicht, dass die Ausgaben die Einnahmen fast immer "auffressen". Neue Aufgaben lösen alte ab. In Zukunft warten noch viele

neue Aufgaben - oder besser gesagt - Ausgaben auf uns. Arbeit ist nicht Sisyphusarbeit. Ich bin mir bewusst, welche Arbeit die Verantwortlichen leisten und an dieser Stelle ein herzlicher Dank. Trotz den nicht ganz einfachen Voraussetzungen konnte der Stadtrat ein gutes Budget erstellen; auch hier ein Dank an alle Beteiligten.

Zwei Gedanken zur Vorlage: Bei der Trennung von Wünschbarem und Machbarem ist die Senkung des Steuerfusses weiterhin auf der Wunschseite. Sorgen machen uns nach wie vor der stetige Anstieg des Personalbestands. Ich bitte die zuständigen Verantwortlichen, in diesem Bereich zukünftig grosse Zurückhaltung zu üben. Die FDP ist für Eintreten auf das Budget.

Michael Häusermann (SVP): Herbstzeit, Budgetzeit. Ich hoffe, dass Sie sich ebenso auf das Budget freuen wie ich, denn so konnten wir die lange Sommerpause endlich beenden. 98 A4-Seiten Zahlenmaterial mit Erläuterungen und Tabellen eignen sich bestens für den Zeitvertreib. Spass bei Seite.

Besten Dank für die Zustellung des Budgets 2017. Nicht zuletzt auch dank HRM2 konnte das Zahlenmaterial sehr gut dokumentiert werden. Daraus ist ersichtlich, dass Aufwand und Ertrag 1,1 % unter dem Wert des Budgets 2016 liegen. Dies weist aus unserer Sicht auf eine wohlüberlegte Budgetierung hin. Es wurde nicht einfach das letztjährige Budget fortgeschrieben, sondern die einzelnen Positionen wurden kritisch geprüft. Erfreut sind wir über einen nicht steigenden Steuerfuss. Die Mehrheit von uns ist der Ansicht, dass 108 % verkraftbar sind. Wir haben sogar noch etwas Luft. Solange wir ein Schwimmbad und ein Ferienhaus betreiben und für die LEGA auch noch etwas eingeplant ist, dürfen wir im Grunde genommen nicht jammern. Die grösste Kostensteigerung gegenüber der Rechnung 2015 verzeichnen wir bei der Öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verteidigung. Da stehen Personalkosten, insbesondere die neuen Stellenprozente, nicht zu knapp zu buche. Es zeigt sich einmal mehr - ganz konkret, nur mit etwas Zeitverzögerung - dass durch die Annahme von gewissen Gesetzen und Verordnungen, hier meine ich das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, für die Gemeinden Kosten entstehen, die wir nicht einfach delegieren können, sondern begleichen müssen. Die 50 zusätzlichen Stellenprozente im Allgemeinen Rechtswesen lassen grüssen. Obwohl dies für uns ärgerlich ist, rechnen wir dem Stadtrat hoch an, dass er nicht der Empfehlung des KOKES (Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz) folgte, sondern dass er den Personalbestand geringfügiger erhöhte.

Die zweite grosse Kostensteigerung - von über Fr. 800'000.- gegenüber der Rechnung 2015 - haben wir (wen wundert's) bei der sozialen Sicherheit. Wenn wir zudem sehen, dass die Überbrückungsrenten bei den Leistungen für Pensionierte stetig am Wachsen sind, so erlauben Sie uns die Frage, ob diese Renten notwendig oder wünschbar sind. Die Frage geht dahin, ob das Personalreglement der Stadt Lenzburg noch zeitgemäss ist. Dass bei den Kinderkrippen auch eine satte Steigerung gegenüber 2015 und 2014 stattfindet, ist aus unserer Sicht unerfreulich. Wir Einwohnerräte sind aber selber schuld, ich

erinnere an das Abstimmungsergebnis anlässlich der letztjährigen Budgetsitzung. Ich werde in der Detailberatung nochmals auf das Thema zu sprechen kommen. Ein vermutlich wirklich grosser "Brocken" im sozialen Bereich werden uns die Auswirkungen im Asylbereich in den nächsten paar Jahren bringen. Wenn der Bund nicht mehr zahlt - was er nach einer gewissen Zeit macht - bleiben die Kosten wieder bei uns und wir als Gemeinde müssen es wieder "ausbaden".

Diese wenigen Beispiele zeigen auf, dass wir künftig vermehrt finanzielle Lasten zu tragen haben, aus denen wir uns aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht raushalten können. Die Lasten werden uns zukünftig jedoch in unserer finanziellen Gestaltungsfreiheit massiv einschränken und umso wichtiger ist es, dass Projekte und Investitionen hinterfragt werden, wenn wir weiterhin einen Steuerfuss von 108 % beibehalten wollen. Ich zweifle nicht daran. Mit dem Investitionsvolumen von 7,64 Mio. Franken (ohne Spezialfinanzierungen) erhält der Steuerzahler auch einen Gegenwert. Dies soll hier auch erwähnt werden. Das bei derart hohen Investitionen der Selbstfinanzierungsgrad auf lediglich noch 73,09 % sinkt, ist nachvollziehbar. Dass die Schulden ansteigen, wissen wir bereits schon etwas länger.

Noch eine kurze Vorschau auf den Finanzplan 2017/2021. Lesen Sie die Einwohnerratsprotokolle der letzten Jahre, so sehen Sie, dass wir beim Finanzplan überhaupt keine Diskussionen mehr haben. Ich finde dies schade. Früher war der Finanzplan vor dem Budget traktandiert. Wieso dies geändert wurde, weiss ich nicht. In den Finanzplänen sind die geplanten Projekte ersichtlich, was sehr spannend ist. Obwohl ich durchaus ein Freund von gut erhaltenen Strassen bin, finde ich, dass die Investitionen in den nächsten Jahren doch etwas sehr "strassenlastig" werden. Ein Mehrzweckstreifen an der Aarauerstrasse für Fr. 700'000.–, eine Eingangspforte an der Ammerswilerstrasse für Fr. 150'000.–, eine Querung Brännli an der Seonerstrasse für Fr. 300'000.–, eine Sanierung und Umgestaltung der Othmarsingerstrasse für Fr. 930'000.–, Ringstrasse West/Nord etappiert für 5,125 Mio. Franken sowie die Sanierung der Ammerswilerstrasse innerorts für 1 Mio. Franken, lassen auch bei uns die Frage aufkommen, ob dies alles in diesem kostspieligen Umfang nötig ist. Ein Verwaltungszentrum für knapp 16 Mio. Franken ist übrigens auch noch angedacht. Auch hier tun wir Einwohnerräte gut daran, die Planungen kritisch zu hinterfragen.

Zurück zum Budget. Gesamthaft gesehen können wir mit dem Budget 2017 und den darin vorgesehenen Stellenerhöhungen knapp leben und treten auf das Budget ein. Wir sind aber trotzdem froh, wenn nicht jeder Franken, der im Budget eingestellt ist, auch ausgegeben wird.

Remo Keller (SP): Wie bereits gehört, legt der Stadtrat uns das Budget 2017 mit einem gleichbleibenden Steuerfuss von 108 % vor. Auch mittelfristig soll der Steuerfuss beibehalten werden. Diese Aussichten mögen für die einen ein Dorn im Auge sein. Wir sind jedoch überzeugt, dass dies mit Blick auf die Aktualität und die Zukunft von Lenzburg der richtige und nachhaltige Weg ist. Wir haben

Mühe damit, dass der Kanton Aargau während Jahren eine Politik mit Steuer-senkungen betreibt. Wenn das Volk nicht ab und zu ein Nein in die Urne werfen würde, würde diese kantonale Finanzpolitik durchgezogen, was sich auf die Gemeinden auswirkt. Auch Lenzburg muss immer mehr Lasten übernehmen, die wir nicht beeinflussen können. Wir haben es bereits gehört. Als Gemeinde-politiker muss man festhalten, dass der Kanton eine verfehlte Politik betreibt. Sparen ist nicht grundsätzlich etwas Schlechtes, das anerkennt auch die Linke. Aber der Kanton spart falsch, weil dies auf Kosten der Gemeinden geschieht. Sparen zu Lasten der Gemeinden ist kein Sparen, sondern ein Verschieben der Ausgaben. Dass das Volk mit dem Kurs des Kantonsparlaments und auch des zuständigen Regierungsrats nicht immer einverstanden ist, konnten wir in der Vergangenheit bei Abstimmungen erfahren. Es ist unsere Aufgabe - wir haben ja genug Grossratskandidaten im Raum - dafür besorgt zu sein, dass dieser Kurs ein wenig geändert wird.

Jetzt aber zum vorliegenden Budget: Einmal mehr wurden wir gut dokumentiert. Wir haben das Budget eingehend studiert. Offene Fragen wurden uns an der GPFK-Sitzung zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Wir möchten an dieser Stelle allen involvierten Personen unseren Dank ausrichten. Manchmal hätte es uns gefreut, wenn mehr Geld zur Verfügung stehen würde; es wäre "nice to have". Die ansteigenden Schulden - dies ist klar - sind nicht schön. Ich habe es schon oft gesagt: Investitionen verursachen Kosten, Investitionen sind aber langfristig. Diese kann man langfristig finanzieren und somit ist eine Erhöhung der Schulden nicht immer etwas Schlechtes oder Besorgniserregendes. Man darf die Kontrolle nicht verlieren, und wir sind davon überzeugt, dass dies beim aktuellen Stadtrat und natürlich auch beim Einwohnerrat gewährleistet ist. Mit dem vorliegenden Budget und dem gleichbleibenden Steuerfuss ist die SP-Fraktion grundsätzlich einverstanden. Wir werden darauf eintreten.

Sabine Sutter (CVP): Das vorliegende Budget zeigt vor allem, dass der Stadtrat die Finanzen im Griff hat. Man spürt, dass jede Position hinterfragt wurde. Ein so detailliertes und ausgeglichenes Budget erreicht man nur mit Fleiss und Ausdauer. Wir haben diese Bemühungen mit Freude zur Kenntnis genommen, gratulieren herzlich und werden das Budget genehmigen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke allen, die sich zu Wort gemeldet haben. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Wenn das nicht der Fall ist, schliesse ich die Eintretensdebatte, und wir gehen zur Detailberatung des Budgets über.

Detailberatung des Budgets 2017

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos führt abschnittsweise durch das Budget 2017 und erkundigt sich jeweils nach Wortmeldungen.

0 Allgemeine Verwaltung

0222.3010.00 / Löhne

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Bereits letztes Jahr waren die Stellenpensen der Bauverwaltung ein Thema. Es wurde auch erwähnt, dass die Zahl der Baubewilligungen tendenziell abnehmen wird. Im Hinblick auf die Revision der Bau- und Nutzungsordnung und da vermehrt komplexere Baugesuche beurteilt werden müssen, kann das Personal nicht reduziert werden.

0222.4310.00 / Aktivierbare Eigenleistungen auf Sachanlagen

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Die GPFK begrüsst ausdrücklich, dass die Eigenleistungen neu konsequent den Verpflichtungskrediten belastet werden.

0291 / Mehrzweckhalle

GPFK-Präsident Tobias Ammann: In den Jahren 2015 bis 2017 hatten wir hier starke Schwankungen sowohl bei den Aufwendungen wie auch bei den Erträgen. Die unterschiedlichen Erträge sind auf die militärischen Einquartierungen zurückzuführen.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Keine Wortmeldungen.

2 Bildung

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Neu werden bei den Schulgeldern nur noch die Betriebskosten verrechnet. Die Verhandlungen mit den Partnergemeinden bezüglich Schulgelder sind noch nicht abgeschlossen. Gemäss Auskunft des Stadtrats ist es relativ schwierig, eine Lösung zu finden (insbesondere mit einem der beiden Partner). Die bisherigen Berechnungen basierten darauf,

dass in Staufen eine Oberstufe geführt wird. Mit der Umstellung auf 6 Jahre Primar- und 3 Jahre Oberstufe werden in Staufen keine Oberstufenklassen mehr unterrichtet. Auf unsere Rückfrage wurde uns auch bestätigt, dass einzelne Schüler aus Lenzburg in Staufen die Primarschule besuchen.

Auch wollten wir wissen, ob es unter den Gemeinden einen Vergleich der Schulgelder gibt. Grundsätzlich muss man sehen, dass die Berechnungen Jahr für Jahr gemäss kantonalen Kalkulationsvorgaben neu vorgenommen werden. Uns wurde aber auch mitgeteilt, dass ein konkreter Vergleich zwischen den Schulen schwierig ist, da verschiedene Faktoren berücksichtigt werden müssen. Dazu gehören beispielsweise Investitionen und Restwerte der Schulanlagen, aber auch die Klassengrößen fallen bei der Berechnung der Schulgelder am stärksten ins Gewicht.

3 Kultur, Sport und Freizeit

3290.3010.00 / Löhne

GPFK-Präsident Tobias Ammann: In diesem Konto sind die Löhne für die Inventarisierung der Kunstgegenstände, das Kultursekretariat und das Stadtarchiv enthalten. Einige Mitarbeitende arbeiten im Stundenlohn, der Aufwand ist deshalb schwer abzuschätzen. Uns wurde mitgeteilt, dass das Budget eher grosszügig kalkuliert wurde. Ebenfalls schlägt sich eine Pensenverschiebung zwischen den Bereichen Kultur und Tourismus hier nieder.

3411.3010.00 / Löhne

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Auch beim Schwimmbad sind Schwankungen zu verzeichnen, welche witterungsbedingt sind.

3421.3010.00 / Löhne

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Die Benützungsgebühren für das Ferienhaus Samedan in der Höhe von Fr. 110'000.– werden vom Stadtrat als realistisch eingeschätzt. Von einem Vergleich mit 2015 ist abzusehen, da in diesem Jahr das Ferienhaus ausgesprochen wenig vermietet werden konnte.

4 Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

5 Soziale Sicherheit

5450.3636.00 / Beiträge an private Organisationen

Markus Thöny (SVP): Ich habe bereits beim Votum zur Weiterführung des Familienzentrums angesprochen, dass die SVP/BDP-Fraktion enttäuscht ist, dass das Familienzentrum im Bereich Finanzen/Sponsoring nicht vorwärtskommt. Bereits 2014 war dies Thema und steht auch am heutigen Abend wieder zur Diskussion. Der Stadtrat wünscht sich ja auch mehr Engagement. Glauben Sie mir, diese Thematik werden wir auch beim Budget 2018 wieder diskutieren müssen. Wir sind der Überzeugung, dass lange genug schönge-redet wurde, nun sollen Taten folgen. So lange die Steuergelder üppig fließen, so lange bedarf es keiner wirklich grossen Anstrengung, oder so lange wird das Angebot nicht kostendeckend offeriert.

Die SVP/BDP-Fraktion stellt den Antrag, dass beim Konto 5450.3636.00, Beiträge an private Organisationen, der Budgetkredit von Fr. 53'000.– auf Fr. 43'000.– reduziert und die darin enthaltene Unterstützung des Familien-zentrums familie+ auf Fr. 20'000.– gekürzt wird.

Dieses Geld reicht, um die gesetzlich vorgeschriebenen Aufträge zu erfüllen und zu finanzieren. Es wäre schön, wenn all diejenigen im Rat, die zwischen nötig und wünschbar unterscheiden können, unserem Antrag folgen würden.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Gut, dann ist die Diskussion offen zum Antrag von Markus Thöny. Wem darf ich das Wort erteilen?

Anja Vögeli Knapp (SP): Eine Kürzung des Beitrags würde für das Familien-zentrum bedeuten, dass die Miete erhöht werden müsste. D.h., familie+ wäre nicht mehr für alle, sondern nur noch für die Upperclass. Der Schülerhort Mary Poppins und die Ludothek müssten ausziehen, da die Miete nicht mehr tragbar wäre. Der Auftrag des Einwohnerrats an familie+ im Jahr 2010 war jedoch ganz klar, dass das Familienzentrum eine gemeinnützige Institution sein soll. familie+ ist aber auch ein KMU mit einem Umsatz von Fr. 200'000.–. Das Budget senken würde auch heissen, das Familienzentrum wäre nicht mehr gemeinnützig, sondern ganz klar gewinnorientiert. Dies ist nicht der Auftrag von familie+. Die SP möchte, dass familie+ weiterhin gemeinnützig bleibt.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wünscht noch jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir ab.

Abstimmung

Der von der SVP/BDP-Fraktion eingebrachte Antrag, dass beim Konto 5450.3636.00, Beiträge an private Organisationen, der Budgetkredit von Fr. 53'000.– auf Fr. 43'000.– reduziert und die darin enthaltene Unterstützung des Familienzentrums familie+ auf Fr. 20'000.– gekürzt wird, wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen abgelehnt.

5451.3636.00 / Beiträge an private Organisationen

GPFK-Präsident Tobias Amman: Mit der Annahme des Kinderbetreuungsgesetzes muss das System der Krippensubventionierung spätestens auf August 2018 neu geregelt werden. Aus diesem Grund wird auf die ursprünglich geplante Anpassung auf den 1. Januar 2017 verzichtet und das bestehende System ein weiteres Jahr angewendet. Das neue Gesetz soll mit Betreuungsgutscheinen umgesetzt werden. Uns wurde versichert, dass bei der Umsetzung des neuen Rechts auch die Kostenfrage wieder geprüft wird. In der GPFK wurde dies als gut befunden.

Michael Häusermann (SVP): Vor einem Jahr haben Sie einer Erhöhung der Beiträge an die Krippenkosten um Fr. 100'000.– zugestimmt. Es ist kein Geheimnis, dass wir von der SVP gegen diese Erhöhung waren; wir haben geschlossen dagegen gestimmt. Wir wollten heute eigentlich wieder einen Antrag einbringen, dass hier die Beiträge um Fr. 100'000.– reduziert werden. Wir haben diverse Abklärungen getroffen und sehen mit Vernunft davon ab. Es ist Ende September und die Verträge zwischen der Stadt und den Institutionen müssten sofort gekündigt werden. Die Umsetzung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes steht vor der Tür und kommt relativ schnell. Es macht wenig Sinn, für eine so kurze Zeit eine Senkung zu beantragen. Wir stellen deshalb keinen Antrag; das heisst aber nicht, dass wir mit der hohen Summe zufrieden sind. Wir erwarten vom Stadtrat eine Umsetzung des genannten Gesetzes dahingehend, dass keine Zuschüsse mehr an Familien getätigt werden, die ein Bruttoeinkommen, das weit über Fr. 100'000.– liegt, erzielen (so wie es jetzt der Fall ist). Denken Sie daran, es gibt auch noch ein Familienmodell, bei welchem Kinder durch die Eltern betreut und erzogen werden. Was erhalten diese?

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

6151.4240.01 / Parkplatzgebühren

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Wir haben auf der Ertragsseite eine steigende Entwicklung. Uns wurde mitgeteilt, dass mit einer stärkeren Belegung des dritten Untergeschosses des Parkhauses Murackerstrasse ab Baubeginn des "Haus der Gegenwart" (Stapferhaus) gerechnet werden darf, da dort oberirdische Parkplätze wegfallen.

7 Umweltschutz und Raumordnung

7690 / Übrige Bekämpfung der Umweltverschmutzung

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Auf unsere Rückfrage wurde uns mitgeteilt, dass nur mit dem Label "Energistadt" das Quartier "im Lenz" als 2000 Watt-Areal realisiert werden konnte. Zudem werden Förderbeiträge ausgerichtet; dafür stehen Fr. 100'000.– aus den Konzessionsabgaben der SWL Energie AG zur Verfügung. Die GPFK hat angemerkt, dass aus ihrer Sicht die Kommunikation des Energielabels nach aussen noch zu zurückhaltend ist. Man wird aber - gemäss Stadtrat - die Kommunikation verstärken und (sofern der Kanton dies an den Kantonsstrassen bewilligt) an den Stadteingängen das Label "Energistadt" anbringen.

8 Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen.

9 Finanzen, Steuern

9610.3400.00 Verzinsung laufende Verbindlichkeiten

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Wir haben uns nach dem aktuellen Zinssatz erkundigt. Gemäss Auskunft wird der Vergütungs- und Verzugszins für die Steuern bekanntlich vom Kanton festgelegt. Die Guthaben der Ortsbürgergemeinde werden mit 0,5 % verzinst. Bei der Berufsschule Lenzburg schreibt der Kanton 2,5 % vor. Hier halten sich Guthaben und Schulden etwa im Gleichgewicht, so dass die gegenseitigen Zinsen nicht ins Gewicht fallen. In den übrigen Bereichen werden marktübliche Zinsen kalkuliert.

10 Investitionsrechnung und Kreditkontrolle

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Die GPFK hat sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung und Abrechnung der älteren Verpflichtungskredite zu kontrollieren. Diese Prüfung wurde durchgeführt.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wenn niemand mehr das Wort wünscht, hätten wir die Details zum Budget 2017 fertig beraten. Ich frage nochmals, ob noch jemand das Wort wünscht oder ob es noch offene Fragen zum Budget gibt? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Es wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2017 wird genehmigt und der Steuerfuss auf 108 % (wie bisher) festgesetzt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 lit. c der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum. Die Volksabstimmung findet am 27. November 2016 statt.

6 Aufgaben- und Finanzplanung 2017 bis 2021; Kenntnisnahme

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Den Aufgaben- und Finanzplan nehmen wir lediglich zur Kenntnis, d.h., eine Abstimmung entfällt. Ich übergebe das Wort dem GPFK-Präsidenten, Tobias Ammann.

GPFK-Präsident Tobias Ammann: Michael Häusermann hat bereits in groben Zügen die Finanzplanung angesprochen. Wie jedes Jahr erhalten wir im September die Finanzplanung für eine etwas längere Zeitperiode - nun 2017 bis 2021 - zur Kenntnis. Dieses langfristige Planungsinstrument zeigt uns einerseits, welche Projekte bereits realisiert werden und was noch geplant ist. Andererseits wird auch eine Plan- und Erfolgsrechnung erstellt, die die vermutete zukünftige Entwicklung der Aufwendungen und Erträge aufzeigt. Wir

sehen darin, dass eine sehr moderate Entwicklung - unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums - erwartet wird. Im Finanzplan sehen wir, dass das Schulhaus Bleicherain uns noch bis ins Jahr 2019 finanziell begleiten wird. Wir sehen auch, dass mit den grossen Projekten noch nicht Schluss ist. Lenzburg ist lange noch nicht fertig entwickelt, saniert oder gebaut. In den folgenden Jahren kommen noch weitere grössere Investitionen auf die Stadt Lenzburg zu (Michael Häusermann hat es bereits angesprochen). Hauptsächlich fallen Strassenbauprojekte, wie der Umbau Knoten Neuenhof oder die Verlängerung der Ringstrasse Nord, mit hohen Beträgen ins Gewicht. Jährlich sollen demnach - bis ins Jahr 2021 - zwischen 7 und 10 Mio. Franken investiert werden. An der GPFK-Sitzung haben wir eine Investition "hinausgepickt", die immer wieder hinausgeschoben werden muss. Ich spreche von der Sanierung der Sportanlage Wilmatten. Augenscheinlich sind gewisse Bereiche der Wilmatten fernab jeglicher Ästhetik. Gemäss Stadtrat fehlen für eine baldige Korrektur schlichtweg die finanziellen Mittel. Der Fokus wird auf notwendige Investitionen gelegt. Mit den Projekten, welche sich im Bau befinden oder geplant sind, lässt sich natürlich auch die Erhöhung der Nettoverschuldung 1 pro Einwohner nicht vermeiden. Diese nimmt in den kommenden Jahren zu. Die einzige Ausnahme soll gemäss Finanzplan das Jahr 2020 bilden, da wird mit einem zwischenzeitlichen Rückgang gerechnet. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn das Bezirksgebäude zum eingestellten Betrag verkauft werden kann. Der vorliegende Finanzplan ist ein langfristiges Planungsinstrument. Eine konkrete Aussage auf lange Sicht ist schwierig, die Tendenz aber klar. Natürlich haben wir als Einwohnerrat bezüglich der einen oder anderen Investition ein Mitspracherecht, welches sicherlich noch zu vielen spannenden politischen Debatten führen wird. Allgemein zeigt uns das Dokument, dass die Verantwortlichen der Stadt Lenzburg stets bemüht sind, Investitionen so gut wie möglich aufeinander abzustimmen und die Kosten nach Möglichkeit über einige Jahre zu staffeln. Auch ruft uns dieses Dokument Jahr für Jahr in Erinnerung, dass wir in den nächsten Jahren wieder eine Neuverschuldung in Kauf nehmen müssen. Die GPFK begrüsst das jährliche Planungsinstrument, dankt allen beteiligten Personen, die an der Erstellung beteiligt waren und nimmt die Aufgaben der Finanzplanung der Periode 2017 - 2021 zur Kenntnis.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Tobias Amman. Die Diskussion ist offen, wem darf ich das Wort geben?

Prof. Martin Killias (SP): Da wir nicht über das Geschäft abstimmen, kann ich mich kurzhalten. Wir haben in der SP-Fraktion den Finanzplan besprochen und mit einer gewissen Beunruhigung festgestellt, dass in den kommenden Jahren, d.h., ab 2018, Verkäufe von Liegenschaften (Musikschulhaus, Kindergarten Marktmatten, Alte Post, Bezirksgebäude sowie Försterhaus) vorgesehen sind. Ich würde es als sehr unkonventionelle Politik bezeichnen, die Lenzburg offensichtlich plant. Keine mir bekannte grössere Stadt plant, strategisch wichtige Liegenschaften (es sind alles Häuser im Zentrumsbereich) zu verkaufen, beziehungsweise zu "verscherbeln". Diese Häuser könnten irgendeinmal für die

Stadt wieder nützlich werden. Natürlich müsste man auch wirtschaftlich mit diesen Gebäuden etwas Sinnvolles machen. Ein allfälliger Verkauf müsste jedoch sorgfältig diskutiert werden, da dies ein kontroverses Thema ist.

Sabine Sutter-Suter (CVP): Die Gemeinden des Kantons Aargau sind verpflichtet, eine umfassende Finanzplanung zu erstellen. Der vorliegende Finanzplan ist ein Planungsinstrument, das den Namen verdient und vom Stadtrat auch so eingesetzt wird. Vorneweg ein Dank an den Stadtrat, der die Planung so transparent und fundiert dargestellt hat. Der Finanzplan zeigt, in welche Richtung die Stadt sich finanziell bewegen wird. Das langfristige Ziel ist die Schuldenstabilisierung. Wie im Budget ersichtlich, macht der Stadtrat einen guten Job. In die weitere Zukunft geblickt, möchte der Stadtrat die Finanzlage durch die Erhöhung der Einwohnerzahl und günstige Rahmenbedingungen verbessern. Diese Stossrichtung ist grundsätzlich zu unterstützen. Sie stimmt auch mit der kantonalen Planung überein, die einen Wohn- und Arbeitsschwerpunkt in Lenzburg vorsieht.

Zwei Punkte möchte ich jedoch an dieser Stelle – neben dem Verkehr, der bereits mehrfach erwähnt wurde und ich deshalb nicht auch noch ansprechen möchte – hervorheben:

Der erste Punkt: Das Wachstum hat Folgen. Es ist gut überprüfbar, wo der "Breakeven" liegt. Ein moderates Wachstum ist gut verträglich. Die Frage ist aber, wie weit und vor allem wie schnell soll die Stadt wachsen? Mehr Einwohner heisst mehr Verkehr, mehr Infrastruktur, aber nur vielleicht ein höheres Steuersubstrat. In der Entwicklungsplanung wünsche ich mir einen Blick über den Gartenzaun hinweg. Heute würde ich sagen, es muss nicht so schnell und nicht immer etwas mehr sein.

Der zweite Punkt sind die angedachten Investitionen: Das neue Verwaltungszentrum ist nur denkbar, wenn Verwaltungsliegenschaften verkauft werden. Zumindest bei einigen Liegenschaften muss ein Fragezeichen gesetzt werden. Können z.B. der Kindergarten Marktmatten und das Musikschulhaus verkauft werden, wenn man die geburtenstarken Jahrgänge der letzten Jahre berücksichtigt? Zusammengefasst möchte ich sagen, sollten die Wünsche zu einer Schussfahrt führen, dann lassen Sie uns auf die Bremse stehen. Heute aber freuen wir uns über die positive Entwicklung.

Martin Geissmann (GLP): Auch wir von der GLP haben über den Aufgaben- und Finanzplan diskutiert. Über die Aufwendungen haben wir bereits gesprochen. Ich denke, auch wir freuen uns über viele spannende Diskussionen betreffend den anstehenden Bauten. Michael Häusermann hat es erwähnt; auch wir werden ein Auge darauf halten, dass anstelle von Luxusbauten das Wünschbare und Machbare realisiert und in den nächsten Jahren das eine oder andere Schlagloch ein zwei Jahre später und nur dort saniert wird, wo es auch wirklich nötig ist.

Wir möchten noch zu den Einnahmen Stellung nehmen. Bereits beim Budget haben wir über den Fiskalertrag diskutiert. Wir haben gehört, dass man bei den Steuern mit einem Mehrertrag von 2 % oder 2,1 % rechnet. Vergleichen wir aber die Rechnung 2015 mit dem Budget 2017, stellen wir eine Zunahme der Einkommens- und Vermögenssteuern von 7,8 % fest. Betrachten wir nun die Zinssituation (mit Negativzinsen) und die bevorstehenden Lohnrunden, ist bei der Budgetierung der Steuereinnahmen Zurückhaltung angesagt. In den neuen Überbauungen im Lenz und in der Widmi werden nicht nur Gutverdienende einziehen. In der Rechnung 2015 sehen wir, dass die Einwohnerzahlen rund 3 % gestiegen sind, trotzdem ging der Steuerertrag um 3 % zurück. Aus unserer Sicht sind die Einnahmen sehr positiv gerechnet worden, auch wenn wir alle natürlich auf eine positive Entwicklung der Volkswirtschaft hoffen.

Vizeammann Franziska Möhl: Der Steuerertrag 2017 wurde gemäss Vorgaben des Kantons kalkuliert, d.h., unter Berücksichtigung der Erhöhung des Eigenmietwerts und der Begrenzung des Pendlerabzugs. Diese beiden Faktoren werden sich positiv auf den Ertrag auswirken. Basis unserer Berechnung bildete das Budget 2016, unter Berücksichtigung eines um voraussichtlich 0,5 Mio. Franken tieferen Steuerertrags. Berücksichtigt haben wir aber auch das Bevölkerungswachstum, da 2017 einige Neubauten bezugsbereit werden und wir mit 300 neuen Einwohnern rechnen. Wie sich allerdings der Steuerertrag gesamthaft entwickeln wird, können wir schlecht abschätzen. Wir wissen nicht, ob Personen mit hohen oder bescheidenen Einkommen zuziehen. Wir wissen aber auch nicht, wie sich der Steuerertrag der bereits ansässigen Bevölkerung verändert. Werden Boni bezahlt, Dividenden ausgeschüttet etc.? Hier hat der Kanton den besseren Überblick. Deshalb halten wir uns an seine Empfehlungen.

Stadtmann Daniel Mosimann: Es wurde einleitend "Herbstzeit, Budgetzeit" erwähnt. Man könnte auch sagen: Herbstzeit ist Jagdzeit. Ich bin froh, ist Budgetzeit und wird nicht Jagd auf den Stadtrat und die Verwaltung gemacht. Dafür möchte ich mich bedanken. Auch ein herzliches Dankeschön an den Einwohnerrat für das Vertrauen, das er uns mit seiner Zustimmung zum Budget ausgesprochen hat. Von meiner Seite auch ein Dank an das Kollegium des Stadtrats, an die Verwaltung und insbesondere an die Abteilung Finanzen, die eine grossartige Arbeit leisteten.

Noch kurz eine Randbemerkung. Es ist richtig, die Kosten von vorläufig aufgenommenen Asylsuchenden fallen nach sieben Jahren den Gemeinden an. Der Stadtrat erachtet es aus diesem Grund als wichtig, in Institutionen, wie das Familienzentrum, zu investieren, um diese Personen zu integrieren, damit sie eine gewisse Selbstständigkeit erlangen können. Wichtig ist, dass diese Menschen in die Arbeitswelt integriert werden können und finanziell selbstständig werden, damit sie nicht dem Steuerzahler zu stark "auf der Tasche liegen".

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wem darf ich weiter das Wort geben? Wenn dieses nicht gewünscht wird, dann können wir die Diskussion wieder schliessen. Wie bereits erwähnt, gibt es hier keine Abstimmung. Die Aufgaben- und Finanzplanung 2017 - 2021 wird zur Kenntnis genommen.

7 Wassertarife der SWL Wasser AG; Anpassung 2017

Sprecher der GPFK ist Beat Hiller (GLP): Die Vorlage Wassertarife hat in der GPFK sehr viel Zeit in Anspruch genommen (dies sieht man auch aufgrund des Umfangs im GPFK-Protokoll); viel mehr als das Budget. Ich hoffe, dass dies heute Abend nicht auch der Fall ist, sonst wird es spät. Wir haben im Zusammenhang mit der Wassertariferhöhung auf drei Ebenen argumentiert und diskutiert. Sind die anstehenden Investitionen in dieser Höhe wirklich notwendig? Diese und die damit verbundene Fremdfinanzierung sind der Auslöser für die Tariferhöhung. Wir kamen zum Schluss, dass die Investitionen hinterfragt und ev. neu festgelegt werden sollten.

Das zweite Thema, das sehr intensiv erörtert wurde, ist das Tarifmodell (50 % Fixkosten / 50 % variable Kosten). Der Schweizerische Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW) empfiehlt, den Fixkostenanteil zwischen 50 % und 80 % festzulegen. Ist der Fixkostenanteil jedoch tief, steigen die verbrauchsorientierten Kosten, was Anreize zum Wassersparen schafft. Im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Tarifmodell wurde argumentiert, dass der Kleinbezüger viel mehr als der Grossbezüger belastet wird. Dies ist jedoch plausibel, da der Wasseranschluss eines Einfamilienhauses gleich viel Aufwand für die SWL bedeutet, wie die Erschliessung eines Mehrfamilienhauses. Im Unterschied zu vielen anderen Gemeinden sind die Wasserzähler und Hauszuleitungen im Besitz der SWL.

Als dritter Punkt wurde eingewendet, dass die Gebühren im Vergleich zu anderen Gemeinden eher hoch sind. Ein Vergleich ist jedoch schwierig, da unterschiedliche Finanzierungsmodelle bestehen.

Die GPFK empfiehlt mit 5 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme, bei 3 Enthaltungen, die Vorlage abzulehnen, bittet aber die einzelnen Fraktionen um Vorschläge, wie die Wassertarife gestaltet werden sollten. Die Verantwortung für die Gestaltung der Wassertarife liegt ganz klar bei der SWL Wasser AG. Sie muss die Tarife vorschlagen, es ist der SWL Wasser AG aber auch freigestellt, Unterstützung Dritter einzuholen.

Adriano Beti (FDP): Die Vorlage, die uns von der SWL Wasser AG vorgelegt wird, ist - milde gesagt - sehr mangelhaft. Sie ist beispielsweise sehr ver-schachtelt aufgebaut, folgt keiner logischen Abfolge und ist deshalb für Aussen-stehende kaum nachvollziehbar. Die ausgewiesenen Zahlen, die in der Vorlage enthalten sind, haben einige Annahmen und Abgrenzungen, die aber nicht im Detail aufgezeigt und erklärt werden.

Vorab aber noch ein Wort zur generellen Situation der SWL Wasser AG: Es erstaunt unsere Fraktion sehr, dass ein Schuldenberg von bis zu 7 Mio. Franken aufgehäuft, bis heute aber keine erkennbaren Gegenmassnahmen ergriffen wurden. Man wusste ja, dass dies ein anlageintensives Geschäft ist. Erstaunlich und unverständlich ist auch, dass Rückstellungen fehlen. In einem anlageintensiven Geschäft ist dies fahrlässig oder sträflich. Man muss sich die Frage stellen, warum wurde das Gespräch mit der kantonalen Behörde erst jetzt und nicht schon früher gesucht? Man war sich bewusst, dass Investitionen anstehen.

Zurück zum Kern der Sache: Der Antrag besteht ja im Wesentlichen aus drei Teilen. Die Erhöhung der Wassertarife, das Gebührenmodell und der Wegfall der Anschlusskosten.

Erhöhung der Wassertarife: Aufgrund der ausgewiesenen Investitionen ist diese in gewisser Weise nachvollziehbar. Leider, dies wurde bereits erwähnt, fehlen zu den Investitionen die Detailinformationen. Ebenso eine Qualifizierung: was ist überhaupt notwendig und was hätten wir gerne. Dies fehlt vollumfänglich und war auch bei den Diskussionen nicht schlüssig erkennbar. Eine Intransparenz, die für das Anliegen der SWL nicht förderlich ist. Trotz dieser Intransparenz stehen wir der Erhöhung des Wassertarifs grundsätzlich positiv gegenüber.

Das Gebührenmodell, das die Einführung einer Grundgebühr mit sich bringt, ist grundsätzlich nachvollziehbar und die Wahl des 50 %-Modells ist schlüssig. Was sehr erstaunt, ist die Art und Weise der Ausgestaltung. Mit diesem Modell wird der Wasserverbrauch und nicht ein sparsamer Umgang mit dem kostbaren Nass gefördert. Wir als Energiestadt müssten Anreize schaffen, den Wasserverbrauch zu reduzieren. Fakt ist, mit dem neuen Tarif würden Einfamilienhäuser und die Wirtschaft stärker belastet, während Mehrfamilienhäuser und ein oder zwei Grossbezügler weniger bezahlen müssten. Es kann durchaus sein, dass der Anschluss dieser Liegenschaften für die SWL gleich teuer ist, es darf aber nicht vergessen werden, dass es mit dem Anschluss alleine nicht getan ist. Dahinter steht ein System und dieses muss den Anschluss mit Wasser versorgen. Die Dimensionierung eines solchen Systems hängt vom maximalen Bedarf ab. Unseres Erachtens ist dies nicht ganz schlüssig und wenn die Zahlen nachgerechnet werden, die uns die SWL Wasser AG vorlegt, müsste das eine oder andere sehr detailliert diskutiert werden. Grundsätzlich möchten wir dazu motivieren, mit den umliegenden Gemeinden ein realistisches Benchmark durchzuführen. Es wurde erwähnt, dass dies schwierig sei. Ja, es ist schwierig, aber wieso können es andere Gemeinden, wie z.B. die Stadt Solothurn? Diese hat ein benchmarkfähiges Modell realisiert, das wir uns

anschauen könnten. Wir könnten uns auch fragen, warum gibt es diesen Sonderfall in Lenzburg; was bringt er den Wasserbezügern und welche Vorteile hat die SWL Wasser AG daraus? Wenn ein Benchmarkmodell benützt worden wäre und die Verantwortlichen die Abweichungen hinterfragt hätten, wäre uns vielleicht eine andere Gebührenstrategie vorgelegt worden. Wie z.B. in Wohlen. Entgegen der Aussage an der Informationsveranstaltung hat Wohlen nämlich ein neues Gebührenmodell.

Nun zum letzten Punkt. Im Antrag wird festgehalten, dass aufgrund des neuen Gebührenmodells auf die Anschlusskosten verzichtet werden könne. Weshalb kann auf Einnahmen verzichtet werden, obwohl sich die Schulden der SWL Wasser AG von 7 Mio. Franken auf knapp 11 Mio. Franken erhöhen werden? Wie soll dies funktionieren? Sollte man nicht daran interessiert sein, die Einnahmen zu erhöhen und nicht noch auf Einnahmen zu verzichten, auch wenn es sich um kleinere Positionen handelt? Für uns ist eine solche Idee nicht nachvollziehbar. Im Prinzip hätte man sich fragen müssen, weshalb andere Gemeinden bei den Anschlusskosten ganz andere Sätze anwenden. Im Gegensatz zu allen übrigen Ansätzen, sind die SWL hier nämlich am günstigsten.

Aus genannten Gründen beantragt die FDP folgendes:

1. Rückweisung des Antrags. Die SWL Wasser AG soll ein neues Gebührenmodell vorlegen, welches ausgewogen und marktkonform gegenüber vergleichbaren Gemeinden ist. Zudem ist es uns wichtig, dass auch die umweltspezifischen Randbedingungen gebührend berücksichtigt werden.
2. Wir stellen den Antrag - und dies einzig und allein aufgrund der aktuellen Situation der SWL Wasser AG - dass als erste Sofortmassnahme der Wassertarif per 1. Januar 2017 von Fr. 2.10 auf Fr. 2.40 erhöht wird. Für alle Grossbezüger soll mit Spezialtarifen gearbeitet werden.

Nach Rücksprache mit Adriano Beti führt Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos aus, dass ein Rückweisungsantrag vorliegt, über den nun diskutiert werden kann.

Adriano Picco (SVP): Neben dem Vornamen teilen sich Adriano Beti und ich hier auch die Meinung. Die SVP/BDP-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag. Grundsätzlich anerkennen wir den Bedarf für eine Tarifierhöhung. Für uns bleiben aber noch zu viele Fragen offen, um heute das Geschäft abschliessend behandeln zu können. Vor allem das gewählte Gebührenmodell stösst bei uns auf Ablehnung. Die Gebühren müssten (gemäss Vorlage) um 10 % erhöht werden. Es wird jedoch ein Modell vorgeschlagen, das bei 70 % der Haushaltzähler eine Erhöhung von mehr als 10 % vorsieht. Bei den Industriezählern sind es 78 % der Kunden, die mehr als die 10 % bezahlen müssten. Dass bei einem grösseren Geldbedarf auf die Anschlussgebühren

verzichtet werden soll, verstehen wir nicht. Was mit einer weitsichtigen Gestaltung der Anschlussgebühren erreicht werden kann, zeigt ein Blick auf die Tarife der umliegenden Gemeinden und deren jetzige Bautätigkeit. Auch der hohe Bedarf an Investitionen (ohne entsprechende Rückstellungen) löst bei uns ein ungutes Gefühl aus. Die Lebensdauer der Anlagen liegt bei weit mehr als 15 Jahren. Hier stellt sich die Frage, warum und ob in den letzten Jahren und Jahrzehnten die langfristige Planung vernachlässigt wurde. Die Schulden der SWL Wasser AG wurden bereits erwähnt. Wieso wurden die steuerlichen Folgen, die aus der Bildung von Rückstellungen resultieren, nicht schon früher geklärt?

An eine erneute Vorlage stellen wir folgende Anforderungen: Die Tarifierhöhung muss ausgewogener erfolgen. Insbesondere der massive Anstieg für die Einfamilienhausbesitzer ist zu verhindern. Diese sind die Einzigen, die sich nicht wehren können, ausser sie würden den Wohnort wechseln. Die Anschlussgebühren sind beizubehalten.

Zusätzlich haben wir noch folgende Fragen: Sind die anderen Gemeinden überhaupt bereit, sich an den anfallenden Investitionen zu beteiligen? Falls ja, ist dies vertraglich festgelegt? Wer überwacht die Investitionen von 23 Mio. Franken? Ein immenser Betrag. Was passiert nach den grossen Investitionen mit den Tarifen? Existiert eine langfristige Planung, welche Rückstellungen vorgenommen werden müssen?

Im Juni konnten wir lesen, dass die Industriellen Betriebe Wohlen ein Projekt "Wasser 2035" gestartet haben, das Investitionen von 24 Mio. Franken vorsieht. Bestandteil ist auch das gemeinsam genutzte Pumpwerk Hard II. In der Vorlage der SWL Wasser AG fehlen mir Informationen, welche Auswirkungen das Projekt "Wasser 2035" auf unsere Wasserversorgung hat. Welchen Anteil muss Lenzburg effektiv tragen und werden wir wieder über eine Tarifierhöhung diskutieren?

Daniel Blaser (CVP): Alles wegzustreichen, was meine Vorredner schon gesagt haben, war gar nicht so einfach. Auf den ersten Blick sind die Fakten klar. Es ist kein Geld vorhanden, und es stehen viele Investitionen an. Beim genaueren Betrachten wirft dieser Bericht verschiedene Fragen auf. Zum einen ist fraglich, wieso sich die Schulden weiterhin erhöhen, obwohl eine Preisanpassung durchgeführt wird. Pro Jahr sind dies ca. Fr. 300'000.–. Warum haben wir die hohen Ausgaben noch nicht im Griff? Warum sind die Ausgaben immer noch hoch, obwohl innert kürzester Zeit alle Wasserzähler ausgetauscht wurden, um das Ablesen zu automatisieren und Kosten zu sparen? Warum soll der Eigentümer keine Anschlussgebühren mehr bezahlen? Wir sind nicht der Meinung, dass Wasser günstiger werden soll. Wasser in unserer Qualität soll geschätzt und entsprechend bezahlt werden. Der Verteilerschlüssel ist so jedoch nicht in Ordnung. Es sollen alle gleich viel bezahlen, oder es sollen diejenigen mehr bezahlen, die das Wassernetz mehr beanspruchen. Die jetzt geplanten Änderungen der Preisstruktur führen zu einer geringen Verminderung des Schuldenwachstums. In Anbetracht des massiven Defizits wäre aber eine

grundlegende Sanierung und Re-Evaluation des Firmenaufbaus angezeigt. Für mich ist diese Vorlage nicht durchdacht. Sie hilft weder eine weitere Verschuldung zu stoppen, noch die Schulden abzubauen. Sie nimmt lediglich eine Umverteilung der Lasten vor, wobei die Grossverbraucher insgesamt zu wenig beitragen müssen. Die Vorlage bietet zusammengefasst den Anreiz, mehr Wasser zu verbrauchen. Sie führt zu einer unfairen Verteilung der Lasten. Es wird nicht aufgezeigt, wo Kosten eingespart oder Prozesse optimiert werden können, was in dieser Situation angemessen wäre. Die CVP lehnt den Antrag der SWL ab.

Prof. Martin Killias (SP): Die SP-Fraktion hat dieses Geschäft intensiv diskutiert. Wir stellen auch einen Rückweisungsantrag. Die Gründe - ich möchte nichts wiederholen, was bereits hier erwähnt wurde - sind für uns im Speziellen, dass Wasser ein wichtiges Gut ist. Ich mache auf das stetige Wachstum der Weltbevölkerung aufmerksam und dass der Wassermangel ein grosses Thema für die nächste Generation sein wird. Folglich braucht es in der Bevölkerung eine Sensibilisierung, dass mit dieser Ressource sparsam umgegangen werden muss. Deswegen ist ein Gebührenmodell, das den Vielverbraucher subventioniert und diejenigen, die sparen, bestraft, grundsätzlich falsch. Wir finden das heutige Modell im Ansatz nicht schlecht. Nach unserer parteiinternen Diskussion hat uns ein interessiertes Mitglied unserer Parteisektion eine Studie der Uni Wien zugestellt. Darin werden die Tarifstrukturen in Barcelona und Wien verglichen. Der Tarif in Barcelona ist Ziel vielfacher Kritik, da er eine verbrauchsunabhängige Anschlussgebühr kennt. Denn das Modell, das in Barcelona gilt, verhindert, dass sparsamer Wasserverbrauch tatsächlich finanziell kompensiert wird. Die Studie hält auch fest, dass in Wien der Verbrauch und nicht der Anschluss oder die Wasserinstallation Kosten verursacht. Daraus resultierte, dass in der österreichischen Hauptstadt in den letzten Jahren Wasser gespart wurde. Ich denke, eine wunderbare Studie, um die Stadtwerke zu animieren. Ich hoffe, dass auch Herr Gian von Planta dies in seine Überlegungen miteinbeziehen kann. Die SP-Fraktion wünscht, dass der Wasserkonsum in Zukunft - lieber ab heute - Hauptbelastungsfaktor wird.

Erich Renfer (SVP): Das Gewerbe muss sich auch noch zu Wort melden. Wir haben nun etwas "Bashing" der Einfamilienhausbesitzer gehört. Ich warte nur noch darauf, dass der Stadtrat oder die Verantwortlichen auf die Idee kommen, zwei unterschiedliche Abfallsäcke, für die Einfamilienhausbesitzer und die Mieter, zu kreieren. Nach dem Motto, die Einfamilienhausbesitzer können sowieso mehr bezahlen und bei einem Mehrfamilienhaus kann der Kehrichtwagen eine grössere Menge Kehrichtsäcke einladen. Mit Verlaub, dümmer geht es nicht mehr. Zudem müssen sie daran denken, dass das Gewerbe und die Grossbezüger Löhne bezahlen und Arbeitsplätze schaffen.

Wir haben die Apartheid in Südafrika abgeschafft. Ich finde, wie mit den Einfamilienhausbesitzern umgegangen wird, ist nicht ganz korrekt. Viele müssen jeden Franken umdrehen, um sich ein Häuschen leisten zu können.

Auch die AHV-Rentner müssen rechnen, damit sie sich ihr Haus noch leisten können. Wir müssen darauf achten, dass alle Wasserverbraucher gleichbehandelt werden. Da Einfamilienhausbesitzer mehr Wasser verbrauchen, bezahlen sie auch bei einem verbrauchsabhängigen Tarif mehr. Es ist wie beim Autofahren. Wer mehr fährt, verbraucht mehr Benzin und bezahlt deshalb auch mehr Treibstoffzoll.

Weiter ist anzumerken, dass die Anschlussgebühren beibehalten werden sollten. Dies wurde bereits erwähnt und ich möchte nicht nochmals darauf eingehen. Jedoch bitte keine Zweitklassengesellschaft. Dies kann nicht sein, ansonsten müssen wir - wie gesagt - Abfallsäcke in zwei Farben herstellen.

Remo Keller (SP): Ich möchte im Moment nicht in den Schuhen der SWL sein, vor allem auch nicht nach dieser Abstimmung. Ich fasse zusammen: Die GPFK weist das Geschäft zurück und fordert - wie weitere Votanten - dass die Investitionen hinterfragt werden. Wir haben die Städtischen Werke Lenzburg (SWL) in 2 Aktiengesellschaften überführt. Diese Aktiengesellschaften haben einen Verwaltungsrat, der verantwortlich ist. Wir sind Aktionäre und haben bis zu einem gewissen Grad ein Mitspracherecht, aber die Investitionsplanung ist nicht unser Business. Die GPFK konnte nicht genau sagen, was in einer neuen Vorlage geändert werden soll, weil sie keinen Plan besessen oder ihre Mitglieder gegensätzliche Pläne hatten. Man sieht Schuldenberge, die abgebaut werden sollten, man hört Voten, dass das Unternehmen total saniert werden muss. Ich sehe im täglichen Leben viele Gesellschaften, die saniert werden müssen und diese haben ganz andere Bilanzen. Wenn die SWL Wasser AG Investitionen tätigt, muss sie Darlehen aufnehmen. Im Gegenzug kann sie ihre Investitionen viele Jahre nutzen. Auch ein Eigenheimbesitzer muss sich in der Regel verschulden, wenn er sein Haus kauft. 7 Millionen Franken Schulden (oder auch mehr) sind kein Desaster für die SWL Wasser AG. Ehrlich gesagt, müssen wir uns "an unserer eigenen Nase nehmen", wir haben die SWL in eine AG ausgegliedert und ihr nicht mehr Eigenkapital mitgegeben. Wir könnten ja heute Abend 3 Mio. Franken sprechen und der Gesellschaft würde es wieder gut gehen.

Einige sagen, das Gebührenmodell sei gut, andere wiederum finden, es müsse angepasst werden. Ich denke, es wird für die SWL schwierig. Ich bin kein Fachmann was Wassertarife anbelangt. Ich weiss von Versuchen (z.B. der AZ Medien), die Gebühren zu vergleichen. Dies ist extrem schwierig. Wollen wir der SWL diesen Aufwand übertragen oder nicht, doch als Konsens, da es ja Voten in beide Richtungen gibt, das Geschäft heute Abend bewilligen und dann weitersehen? Ich habe grundsätzlich - vielleicht ist es naiv aufgrund meiner Jugend - Vertrauen in den Verwaltungsrat der SWL und denke, dass eine durchdachte Vorlage vor uns liegt, auch wenn - das gebe ich zu - sie schlecht präsentiert und die Infoveranstaltung zu kurzfristig angesetzt wurde.

Vizeammann Franziska Möhl (Mitglied des Verwaltungsrats der SWL Wasser AG): Ich möchte noch kurz etwas zur finanziellen Lage ausführen. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die SWL Wasser AG fahrlässig mit ihren finanziellen Mitteln umgeht. Dies ist nicht so. Betrachten wir den letzten Geschäftsbericht, sehen wir 7,4 Mio. Franken Schulden. Dem steht aber auch ein Anlagevermögen von 14,7 Mio. Franken gegenüber. Die Fremdmittel wurden in die Wasserinfrastruktur investiert. Wir konnten diese Investitionen nicht selber finanzieren, weil ganz einfach kein oder nur ein marginaler Gewinn gemacht werden durfte. Ein allfälliger Gewinn der SWL Wasser AG wäre nämlich besteuert worden. Hingegen konnten - in Absprache mit dem Kantonalen Steueramt - Rückstellungen als Tarifausgleichsreserven von 1,4 Mio. Franken gebildet werden. Dank neuen Vorgaben dürfen nun auch Rückstellungen für zukünftige Investitionen gebildet werden. Die SWL Wasser AG hat also nicht geschlafen, sondern die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Sie hat jedoch nicht die finanziellen Mittel, um die Investitionen zu 100 % zu finanzieren.

Stadtmann Daniel Mosimann: Bei einer komplexen Situation ist ein Benchmark sehr schwierig. Hier haben wir eine solche anspruchsvolle Ausgangslage. Wir werden uns zusammen mit der SWL Wasser AG der Herausforderung stellen. Generell kann nach der Debatte gesagt werden, dass man mit einer Gebührenerhöhung einverstanden ist, da man die Notwendigkeit einsieht. Obwohl das Netz der SWL Wasser AG in einem guten Zustand ist, stehen in nächster Zeit Investitionen an, die ein gewisses Kapital benötigen, das beschafft werden muss. Das Zweite ist, dass der Grosse Rat den Rabatt von 50 %, der den Wasserwerken bis anhin zugestanden wurde, aufgehoben hat. Dies hat zur Folge, dass die Konzessionsabgabe von rund Fr. 120'000.– für die SWL Wasser AG verdoppelt wird. Dieser Aspekt trägt dazu bei, dass eine 10 prozentige Gebührenerhöhung ins Auge gefasst werden muss. Es ist die Quadratur des Kreises; man sieht ein, dass eine Gebührenerhöhung notwendig ist, schlussendlich will diese aber niemand finanzieren.

Der Stadtrat sowie die SWL Energie AG vertreten die Ansicht, dass eine Grundgebühr erhoben werden muss. Es kann ganz klar zur Kenntnis genommen werden, falls der Rückweisungsantrag angenommen wird, dass die Netzan-schlussgebühr von Ihnen in Frage gestellt wird.

Stefan Zantop (Grüne): Stadtmann Daniel Mosimann hat versucht, eine Zusammenfassung der Debatte zu machen. Ein Aspekt, der von verschiedenen Seiten erwähnt wurde, ist, dass die Lenkungswirkung bestehen bleiben soll. Der Anreiz für einen geringeren Wasserverbrauch soll bestehen bleiben. Dies wurde in der Zusammenfassung nicht erwähnt, deshalb erlaube ich mir, auf diesen - auch für die Grünen - wichtigen Aspekt hinzuweisen. Wir können den Sockelbeitrag jedoch sehr gut nachvollziehen. Wo dieser genau liegen wird, werden wir in der neuen Vorlage sehen. Die Lenkungswirkung muss bestehen bleiben, dies ist ein Anliegen unsererseits.

Marianne Tribaldos (Einwohnerratspräsidentin): Wenn das Wort nicht mehr gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag, der wie folgt lautet:

Die SWL Wasser AG soll ein neues Gebührenmodell vorlegen, welches ausgewogen sowie marktkonform gegenüber vergleichbaren Gemeinden ist. Zudem ist es uns wichtig, dass auch die umweltspezifischen Randbedingungen gebührend berücksichtigt werden.

Abstimmung

Gestützt auf den von Adriano Beti namens der FDP-Fraktion eingebrachten Rückweisungsantrag wird mit 29 Ja-Stimmen, bei 6 Stimmenthaltungen,

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat weist den Bericht der SWL Wasser AG und den Antrag des Stadtrats vom 7. September 2016, die allgemeingültigen Tarife ("50 % fix") für die Lieferung von Wasser per 1. Januar 2017 zu genehmigen, zurück.

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

8 Untere Widmi Nord; Erschliessungsstrasse; Kreditabrechnung

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir entschuldigen Michael Häusermann, welcher aus persönlichen Gründen nicht mehr länger an der Sitzung teilnehmen kann. Wir kommen nun zum Traktandum 8.

GPFK-Sprecher ist Remo Keller (SP): Die Kreditabrechnung für die Erschliessungsstrasse Untere Widmi Nord schliesst mit einem Bruttoaufwand von Fr. 852'665.30, rund Fr. 52'000.– unter dem bewilligten Kredit. Der Nettoanteil der Stadt Lenzburg beträgt Fr. 363'351.55. Rudolf Baumann und ich haben alle

Belege kontrolliert. Es ist soweit alles nachvollziehbar. Fragen aufgeworfen hat die Tatsache, dass der Kredit erst 2013 bewilligt wurde, aber - wie in der Vorlage ersichtlich - bereits im Vorfeld viele Arbeiten (Planungsarbeiten, Vertragsentwürfe, Beratungskosten) für das Projekt ausgeführt worden sind. Dies hatte zur Folge, dass 32 Belege aus früheren Jahren auf den Kredit umgebucht werden mussten. Diese Umbuchungen führten in der laufenden Rechnung 2013 zu einem zusätzlichen Ertrag. Unsere Abklärungen ergaben, dass hier die Abläufe durch das Bauamt sichergestellt werden, so dass keine Fehler passieren sollten. Seitens der GPFK sind keine Beanstandungen zur Kreditabrechnung anzubringen, und wir empfehlen diese gutzuheissen. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Die Diskussion ist eröffnet, wem darf ich das Wort erteilen? Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 31. August 2016 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Erschliessung Untere Widmi Nord; schliessend mit Aufwendungen von Fr. 852'665.30 (brutto).

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 7. November 2016 ab.

9 Feuerwehr; Ersatzbeschaffung für das Tanklöschfahrzeug (TLF) 1981; Kreditabrechnung

Sprecher der GPFK ist Rudolf Baumann (SVP): Remo Keller und ich haben die Kreditabrechnung für das neue Tanklöschfahrzeug kontrolliert. Es wurde alles richtig kontiert und verbucht. Die Rechnung schliesst mit einem Minderaufwand von Fr. 21'257.25 oder 4,19 % ab. An das neue Fahrzeug musste die Stadt Lenzburg Fr. 339'756.45 bezahlen. Die GPFK sowie die Fraktion SVP/BDP stimmen der Vorlage einstimmig zu.

Eine kleine Randbemerkung: Das TLF hat heute seine Feuertaufe erlebt und sich dabei bewährt.

Vizeammann Franziska Möhl: Wie an der GPFK-Sitzung angekündigt, war geplant, Ihnen das Tanklöschfahrzeug heute vorzuführen, damit Sie sehen, wohin das viele Geld geflossen ist. Nach dem heutigen Grossbrand im Wisa Gloria-Areal haben wir uns aber entschlossen, die personellen Ressourcen der Feuerwehr zu schonen. Das TLF kann jedoch an der Hauptübung am 29. Oktober 2016 in Staufen begutachtet werden. Sie sind alle recht herzlich eingeladen.

Ich denke wir hatten heute grosses Glück, und es konnte eine Katastrophe verhindert werden, indem das Hauptgebäude der Wisa Gloria nicht zu Schaden kam. Dies ist allein der Verdienst unserer Feuerwehrmänner und -frauen. Wir wurden von den Feuerwehren Chestenberg, Wohlen, Aarau und Seon unterstützt. Wohlen und Aarau unterstützten uns mit ihren Autodrehleitern. Allen beteiligten Feuerwehrleuten, welche einen grossartigen und langen Einsatz geleistet haben, möchten wir - auch in Ihrem Namen - einen grossen Dank aussprechen. (Applaus).

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 31. August 2016 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung über den Verpflichtungskredit für die Ersatzbeschaffung für das Tanklöschfahrzeug, schliessend mit Nettoaufwendungen von Fr. 339'756.45 zu Lasten der Einwohnergemeinde Lenzburg.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 7. November 2016 ab.

10 Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Prof. Dr. Martin Killias und Mitunterzeichnenden betreffend "Entwicklung des Stadtbildes im Raum Stadtgässli-Burghaldenstrasse-Aavorstadt" vom 13. Juni 2016

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Angesichts der vorgerückten Stunde und mit dem Einverständnis von Martin Killias (SP) wird dieses Traktandum auf die Sitzung vom 1. Dezember 2016 verschoben.

11 Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Prof. Dr. Martin Killias und Mitunterzeichnenden betreffend "Zerstörung des Hauses "Zum unteren Tor" ("Törli", Kirchgasse 4)" vom 13. Juni 2016

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Mit Einverständnis von Martin Killias (SP) wird auch dieses Traktandum auf die Sitzung vom 1. Dezember 2016 verschoben.

12 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der GLP-Fraktion betreffend "Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen" vom 23. Juni 2016

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Mit Einverständnis von Beat Hiller (GLP) wird auch dieses Traktandum auf die Sitzung vom 1. Dezember 2016 verschoben.

13 Umfrage

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir kommen zu Punkt 13 der Tagesordnung, nämlich zur Umfrage. Wird das Wort gewünscht?

Heizung

Brigitte Vogel (SVP): Ich verlasse kurz mein Ofenbänklein. Wir alle haben die herrlichen Nachsommertage sicherlich genossen, ausgenommen die Heizungssteuerung in diesem Saal. Sie haben im Laufe des heutigen Abends mehrmals das Wort Energielabel zu Ohren bekommen. Ich bin erstaunt, dass hier im Raum die Heizradiatoren ziemlich warm sind.

Anfrage an Stadtrat betr. flankierende Massnahmen Knoten Neuhof

Beat Hiller (GLP): Wir haben heute eine Anfrage betreffend flankierende Massnahmen Knoten Neuhof an den Stadtrat eingereicht. Vor einigen Tagen war dies ja auch in den Medien zu lesen. Der Knoten Neuhof sollte demnächst umgesetzt werden. Der Regierungsrat möchte noch in diesem Jahr das Projekt freigeben. Es muss jedoch allen klar sein, dass mit der Massnahme Knoten Neuhof das Problem noch nicht gelöst ist. Ein isoliertes Projekt ist in ein komplexes Projektsystem eingebunden. Wir haben beim Anschluss A1 Lenzburg und auch in der Stadt flankierende Massnahmen. Die GLP möchte die Lösung des Verkehrsproblems nicht verhindern, wurde in der Presse jedoch etwas falsch zitiert. Uns stimmen die Kosten jedoch kritisch. Die Gesamtkosten betragen ca. 120 Mio. Franken, davon entfallen ca. 10 Mio. Franken auf uns. Es scheint uns wichtig, dass der Stadtrat Druck gegenüber dem Kanton und dem ASTRA erzeugt, dass diese Massnahmen auch in nützlicher Frist umgesetzt werden. Ich bin auf die Antworten gespannt.

Äpfel

Stefan Zantop (Grüne): Erstens: Aufmerksamkeit ist ein wichtiges Gut im Zusammenleben. Ich danke der Ratspräsidentin herzlich für ihren herbstlichen Gruss in Form eines Apfels. Zweitens: Abfall zu produzieren gelingt uns allen und vor allem den Politikern recht gut. Vor allem nachdem man in den Apfel gebissen hat. Drittens: Die Kernkompetenz, um aus Abfall etwas Schlaues zu produzieren, liegt bei den Grünen. Wir sammeln deshalb die Apfelreste nach der Sitzung gerne wieder ein. (Heiterkeit)

Infoveranstaltung betr. freiwillige Mitwirkung BNO

Stadtrat Martin Steinmann: Ich darf ja die Beantwortung zu den drei traktandierten Anfragen nun nicht herunterlesen und erspare Ihnen dadurch auch einige Minuten. Trotzdem möchte ich Sie informieren, dass am 3. November 2016, 19.00 Uhr, im Saal des Weiterbildungszentrums der Berufsschule Lenzburg eine Information über die freiwillige Mitwirkung zur Revision der Bau- und Nutzungsordnung stattfindet.

Schlusswort

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich danke allen, die durch ihr Mitdenken und Mitdiskutieren - ungeachtet der fortgeschrittenen Zeit - die Demokratie in unserer Stadt lebendig erhalten. Gerade die Genehmigung des Budgets ist eine vorrangige Aufgabe eines Parlaments. Wir haben heute wieder diese Aufgabe gemeistert und waren nicht zu müde, um noch weiter zu diskutieren. Wir können stolz auf uns sein, dass wir diese Aufgaben, die wir ja nicht wegen ihres Unterhaltungswerts übernommen haben, gewissenhaft erledigen, ohne dabei dem politisch Andersdenkenden in unfairer Weise zu nahe zu treten.

Für mich - auch wenn sich heute eine gewisse Erschöpfung langsam bemerkbar macht - ist es jedes Mal eine Freude, die Sitzungen leiten zu dürfen. Ich entlasse Sie nun in Ihren wohlverdienten Feierabend.

Die Reservesitzung vom 3. November 2016 fällt aus. Die nächste Sitzung des Rats findet am 1. Dezember 2016 statt. Dann ist es - kaum zu glauben - schon beinahe Weihnachten.

Ich wünsche Ihnen allen schöne Herbsttage und einen gelungenen Übergang in die kalte Jahreszeit. Die Sitzung ist geschlossen. (Applaus)

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

17. Februar 2017

Zustellung an die übrigen Empfänger:

17. Februar 2017